Zeitschrift für Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften (ZWS) 110 (1990), S. 283 - 319
Duncker & Humblot, Berlin 41

Buchbesprechungen

van Brabant, Josef M.: Regional Price Formation in Eastern Europe. Theory and Practice of Trade Pricing (International Studies in Economics and Econometrics, Vol. 18). Kluwer Academic Publishers, Dordrecht - Boston - Lancaster 1987. 290 S. Dfl. 170,00.

Die Preisbildung in sozialistischen Wirtschaftssystemen ist seit der von L. v. Mises im Jahre 1920 initiierten Debatte über die „Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen" ein zentraler Gegenstand systemvergleichender Analysen. Allerdings gibt es auch kaum ein Gebiet, über das so wenig Informationen vorhanden sind, wie über die Preisbildungspraxis im realen Sozialismus. Das betrifft die sozialistischen Staaten im einzelnen, aber auch den Austausch von Gütern und Dienstleistungen zwischen den sozialistischen Staaten im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Zwar sind die allgemeinen Preisbildungsprinzipien gemeinhin bekannt. Zu welchen Preisen der Außenhandel aber konkret abgewickelt wird und inwieweit und warum Abweichungen von den allgemeinen Prinzipien vorgenommen werden, darüber gibt es nur wenig Angaben. In der Mehrzahl gehören die Ergebnisse der Preisgestaltung innerhalb des RGW zu den gut gehüteten Geheimnissen sozialistischer Wirtschaftspolitik.

Ein wenig Licht in diese Zusammenhänge zu bringen und dabei das Verhältnis zwischen Preisbildungsprinzipien und Preisbildungspraxis aufzudecken, ist Gegenstand der Studie von Brabant. Ausgehend von den Grundlinien sozialistischer Preisgestaltung versucht er, die Entwicklung der offiziellen Preispolitik im RGW nachzuzeichnen und mit theoretischen und empirischen Argumenten jene Implementierungsprobleme zu verdeutlichen, die bis in die Gegenwart hinein die Reformdiskussion im sozialistischen Wirtschaftsblock wesentlich bestimmen.

Das erste Kapitel seiner Studie gilt dementsprechend der Marxschen Werttheorie und ihrer Umsetzung in der binnen- und außenwirtschaftlichen Preisgestaltung der RGW-Länder. Von zentraler Bedeutung für die Interpretation des Wertgesetzes ist dabei, daß als Determinante für die Werte der auszutauschenden Güter anstelle des binnenwirtschaftlichen das internationale Niveau der durchschnittlichen gesellschaftlich notwendigen Arbeit zu gelten hat. Damit unterliegt auch nach offizieller Ansicht die Preisbildung zwischen sozialistischen Staaten ihren eigenen Besonderheiten, die darin zum Ausdruck kommen, daß nationale Kosten- und Preisverhältnisse keine Rolle spielen. Da allerdings weder bei den Binnenpreisen geschweige denn im Außenhandel Methoden zur Verfügung stehen, mit deren Hilfe sich der gesellschaftlich notwendige Herstellungsaufwand für die einzelnen Güter ermitteln läßt, und gleichzeitig im Handel zwischen sozialistischen Staaten das Prinzip des gegenseitigen Vorteils realisiert werden soll, verwenden die RGW-Länder Weltmarktpreise als Orientierungsgrößen. Weltmarktpreise haben nicht nur den Vorteil, daß sie die Arbeitsproduktivität und die Qualität der Güter widerspiegeln. Unter Wettbewerbsbedingungen korrespondieren sie zudem im längerfristigen mehrjährigen Durchschnitt mit dem Wertkomplex der Marxschen Werttheorie.

Die Übernahme von Weltmarktpreisen als Notlösung gilt seit Gründung des RGW bis in die Gegenwart als zentrales Preisbildungselement im intra-RGW-Handel. Auch

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verschiedentliche Modifikationen, von der Orientierung an laufenden Weltmarktpreisen über die sog. Bucharester Prinzipien von 1958 bis zur Verwendung von Durchschnittspreisen der jeweils vergangenen Fünfjahrperiode als Aktualpreise seit 1976, haben daran nichts geändert. Dies wird vom Autor instruktiv verdeutlicht, wobei er bereits immer wieder auf Situationen und Phasen verweist, in denen die offiziellen Preisbildungsprinzipien verletzt wurden: etwa durch den Rückgriff auf die jeweiligen Inlandspreise des Exporteurs, die Orientierung an laufenden Weltmarktpreisen trotz offiziell propagierter Stopp-Preise oder durch spezielle bilaterale Vereinbarungen. Der punktuelle Verweis auf solche Abweichungen wird dann in einem weiteren Kapitel systematisiert und deren Notwendigkeit begründet. So lassen sich eindeutige Weltmarktpreise nur für relativ wenige Güter ermitteln, enthalten die Weltmarktpreise Monopolrenten, Steuern, Subventionen oder andere wettbewerbsverzerrende Elemente und werden häufig zwischen den RGW-Ländern außerplanmäßige Leistungen erbracht oder spezielle Arrangements getroffen, für die dann auch spezielle Bedingungen gelten.

All dies läßt erheblichen Zweifel daran aufkommen, ob zwischen den RGW-Ländern die offiziell propagierten Preisgestaltungsregeln überhaupt Anwendung finden. Die dazu vorhandene Literatur in Ost und West geht zwar zum Teil davon aus. Ein nicht unerheblicher Teil der Autoren unterstellt jedoch auch andere Prinzipien: Ausbeutung, Diskriminierung, Subventionierung, Opportunitätskostenkalküle usw. Die dazu herangezogene empirische Referenz bezieht sich fast ausnahmslos auf die Preise einzelner Güter, ohne deren Vergleichbarkeit, Bedeutung oder Eignung als Repräsentanten relevanter Gütergruppen in Rechnung zu stellen. Um die damit verbundene Willkür der Untersuchungsergebnisse zu umgehen, unternimmt Brabant eine ökonometrische Schätzung für repräsentative Gütergruppen, deren internationale Vergleichbarkeit weitgehend gegeben scheint. Auf der Basis ungarischer Daten kommt er zu dem Ergebnis, daß – bei aller gebotenen Vorsicht – die Schätzergebnisse für einen großen Teil von Gütern auf einen signifikanten Zusammenhang zwischen Weltmarktpreisen bzw. den Westhandelspreisen der RGW-Länder und intra-RGW-Preisen hindeuten. Das spricht für die Geltung der offiziellen Preisbildungsprinzipien. Allerdings eröffnet der nicht unbedeutende Rest der unabhängig von den generellen Regeln gebildeten Preise die Frage, ob der RGW nicht letztlich zu einer eigenen, unabhängigen Prozedur finden sollte. Brabant bejaht dies allein schon deshalb, weil er in den Weltmarktpreisen keine echten Knappheitsindikatoren erkennen kann. Er entwickelt einen Vorschlag, der auf flexiblen Preisen beruht, welche die regionalen Angebots- und Nachfragerelationen unter Berücksichtigung der relevanten Binnenpreise widerspiegeln. Allerdings setzt dies weitreichende Reformen des Wirtschaftsmechanismus voraus.

Der Autor ist ein hervorragender Kenner der Materie. Er hat das bereits in einer Vielzahl von Publikationen zum RGW und insbesondere zur Preisbildung im Handel zwischen den RGW-Ländern verdeutlicht. Der vorliegende Band bietet eine systematisierte Integration und Zusammenfassung seiner bisherigen Untersuchungen, aus denen verschiedentlich ganze Passagen sowie Testergebnisse direkt übernommen wurden. Dieser Rückgriff auf vorhandene Untersuchungen dürfte wohl auch für einige Wiederholungen sowie das Einbringen von Argumenten verantwortlich sein, die leider erst an späteren Stellen erläutert werden. Gleichwohl findet selbst der informierte Leser eine Fülle von interessanten Hinweisen und Einblicken in die Preisbildungsproblematik im RGW. Die Argumentation versucht verschiedene Perspektiven zu berücksichtigen und vermeidet im allgemeinen voreilige Schlußfolgerungen. Insofern ist es ein wenig erstaunlich, daß der Autor die Ergebnisse seines verdienstvollen aber nichtsdestoweniger mit einigen methodischen Schwächen behafteten empirischen Tests so vehement gegen die abweichende Interpretation anderer Exper-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ten einsetzt. Er selbst verweist auf die mit der Datenaufbereitung zwangsläufig verbundenen Probleme seiner ökonometrischen Schätzung und ihrer Aussagefähigkeit, ein Aspekt, der all jenen zur Genüge bekannt ist, die sich mit der empirischen Analyse sozialistischer Staaten beschäftigen.

Angesichts der angestrebten Reformen in einigen osteuropäischen Ländern gewinnt zwar die von Brabant als notwendige Voraussetzung für ein unabhängiges RGW-Preissystem postulierte radikale Reform des Wirtschaftsmechanismus an zunehmender Aktualität. Seine zentrale Prämisse, wonach die dafür erforderliche Bedingung, nämlich ein genuines Interesse der RGW-Länder an einer verstärkten sozialistischen Integration gegenüber einer Ausdehnung des Ost-West-Handels, faktisch auch vorliegt, ist jedoch zu bezweifeln. Dagegen sprechen nicht nur die mageren Erfolge der bisherigen Integrationsbemühungen. Gerade die aktuellen Reformen im Außenhandel, wie etwa das Joint-Venture-Gesetz der UdSSR vom 1. 1. 1987, deuten eher auf ein verstärktes Interesse an Zusammenarbeit mit westlichen Industrieländern hin.

Diese kritischen Anmerkungen sollen allerdings die Leistung des Autors nicht schmälern. Sein Buch ist klar gegliedert, enthält eine umfangreiche Auswertung der Literatur und bringt auch dem informierten Leser eine Fülle von interessanten Einsichten und Denkanstößen.

K.-H. Hartwig, Münster

Bielenski, Harald / *Strümpel,* Burkhard: Eingeschränkte Erwerbsarbeit bei Frauen und Männern. Fakten – Wünsche – Realisierungschancen (Beiträge zur Sozialökonomik der Arbeit, Band 15). edition sigma, Berlin 1988. 116 S. DM 22,80.

Strümpel, Burkhard / *Prenzel,* Wolfgang / *Scholz,* Joachim / *Hoff,* Andreas: Teilzeitarbeitende Männer und Hausmänner. Motive und Konsequenzen einer eingeschränkten Erwerbstätigkeit von Männern (Beiträge zur Sozialökonomik der Arbeit, Band 16). edition sigma, Berlin 1988. 214 S. DM 29,80.

Beide Bücher kommen zur richtigen Zeit: Die Diskussion über Arbeitszeitregelungen, die vom Normalarbeitsverhältnis abweichen, ist in vollem Gange. Ausgelöst wurde diese Diskussion durch die Offensive der Gewerkschaften für die Arbeitszeitverkürzung auf die 35-Stunden-Woche. Die Arbeitgeberseite hatte nach Aufgabe ihrer – volkswirtschaftlich unverständlichen – Festschreibung der 40-Stunden-Woche mit der Forderung nach größerer Flexibilisierung der Arbeitszeit geantwortet. Die jüngste Auseinandersetzung über Sonntagsarbeit hat den Kreis der Diskutanten weiter vergrößert: Arbeitszeitflexibilisierung geht nicht mehr nur die Tarifpartner an, sondern auch die Kirchen und andere gesellschaftliche Gruppen. Bei dieser Diskussion ist oft der Eindruck entstanden, daß die Gewerkschaften etwas in die Defensive gekommen sind. Aus organisatorischen Gründen gilt für sie das Vollzeit-Dauerarbeitsverhältnis als Maßstab. Verständlich, daß die Gewerkschaften die Flexibilisierungsdebatte eher zurückhaltend angehen und dabei auf die Interessenlage ihrer Mitglieder verweisen. Die beiden vorliegenden Bücher kommen allerdings zu dem Ergebnis, daß flexible Arbeitszeitregelungen, die von Arbeitgeberseite aus betriebswirtschaftlichen Gründen gefordert werden, auch unter gewissen Bedingungen familienfreundlich sein können. Dann sind sie nicht nur ein Anliegen von berufsinteressierten Frauen mit kleinen Kindern. Vielmehr stellt ein großer Teil der deutschen Erwachsenen – Frauen und Männer, Berufstätige und Hausfrauen – die Dominanz der Vollzeitarbeit in Frage. Das Zeitregime, auf das mehr als neun Zehntel des in der Bundesrepublik geleisteten Erwerbsarbeitsvolumens entfallen, ist also von zwei Seiten her nicht mehr unumstritten.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Band 15 („Eingeschränkte Erwerbsarbeit bei Frauen und Männern") befaßt sich mit der Nachfrage nach flexiblen Formen eingeschränkter Erwerbsarbeit, verstanden als Teilzeitarbeit oder Diskontinuitäten der individuellen Erwerbsarbeit. Wohlgemerkt, es geht um Flexibilisierung und Einschränkung gleichzeitig, besser: um Einschränkungen der Erwerbsarbeit, die nur durch Flexibilisierung zu erlangen sind. Hinter solchen Tendenzen auf der Arbeitnehmerseite steht vor allem die Veränderung der Geschlechterrollen, sodann sind sie ein Indiz für den Übergang von der Arbeits- zur Freizeitgesellschaft. Schließlich hat die langandauernde hohe Massenarbeitslosigkeit neue arbeitszeitpolitische Konsequenzen erforderlich gemacht. Die Verkürzung der Arbeitszeit blieb wesentlich hinter der Verringerung des Arbeitsvolumens zurück. Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung müssen miteinander einhergehen. Die Untersuchung zur eingeschränkten Erwerbsarbeit bringt zunächst eine Bestandsaufnahme dieser Arbeitsform, insbesondere der Teilzeitarbeit, die bisher fast nur bei Frauen realisiert ist. Gegenübergestellt wird diesem Ist-Zustand der von den Arbeitnehmern gewünschte Soll-Zustand, wie er sich aus Befragungen ergibt. Die Differenz, die sogenannte Realisierungslücke, wird sodann näher untersucht: In welchen Alters- und Bildungsschichten ist der Wunsch nach Teilzeitarbeit besonders ausgeprägt? Welches sind die Motive für und die Barrieren gegen Teilzeitarbeit? Haben sich die Arbeitszeitwünsche zwischen 1980 und 1985 verändert?

Die hauptsächliche Datenbasis für die Studie ist eine von Infratest durchgeführte Längsschnitterhebung; bei der Erstbefragung im Herbst 1980 wurden 3890 Personen erfaßt, die zweite Befragung im Jahre 1985 konnte davon immerhin noch gut 50% erreichen. Die Untersuchung kommt zu zwei wichtigen Aussagen: (1) Neue Arbeitszeitregelungen werden auf der Arbeitnehmerseite weit stärker nachgefragt, als die bestehenden Verhältnisse es vermuten lassen. (2) Familienfreundliche Arbeitszeitflexibilität kann von den Nachfragern alleine nicht durchgesetzt werden, solange die Vollzeitarbeit den unangefochtenen Maßstab in der Arbeitsgesellschaft abgibt. „Der Erfolg einer Strategie der Arbeitsumverteilung ist ohne eine entschlossene, von den wichtigen Interessenverbänden und vom Staat gemeinsam getragene Initiative nicht denkbar" (S. 104).

Band 16 („Teilzeitarbeitende Männer und Hausmänner") ist gleichsam eine Folgeuntersuchung zu Band 15. Sie befaßt sich mit einer relativ kleinen Gruppe am Arbeitsmarkt: Mit Männern, die in der Mitte ihres Arbeitslebens ihre Erwerbsarbeit einschränken, um mehr Zeit für Kinder, für die Partnerin oder für eigene Interessen zu haben. Gerade das männliche Arbeitszeitregime steht solchen Wünschen und Plänen nicht eben freundlich gegenüber. Damit hängt auch eine besondere methodische Schwierigkeit dieser Studie zusammen, nämlich die Rekrutierung der Befragten. Die Studie gibt Auskunft über die soziographische Struktur dieser freiwillig und zeitweilig Ausscheidenden aus dem Arbeitsleben (höherer Bildungsgrad, Mitte 30, Partnerin berufstätig), über ihre Motive (Kinderbetreuung, besseres Gleichgewicht zwischen Arbeit/Karriere und Freizeit/Familie), Werthaltung („postmaterialistisch – emanzipatorisch"), Erfahrungen am Arbeitsplatz (eher negativ), Unterstützung durch die Partnerin (stark) und durch das soziale Umfeld (geteilt), Beteiligung an der Hausarbeit (gerecht empfundener Anteil des Hausmannes), Kinderbetreuung (ausgeprägt) und schließlich über die Frage Provisorium oder Dauerperspektive? (Da die Kinderbetreuung das Hauptmotiv für die freiwillige Einschränkung der Erwerbsarbeit war, ist dieses unkonventionelle Erwerbsverhalten vielfach als befristet geplant.) Die Datenbasis dieser Studie war schmal, dafür wurden aber zum Teil sehr eingehende Interviews geführt. Die Auswertung ist sorgfältig und wird ausführlich dokumentiert.

Fazit: Die Berliner Forscher haben für wichtige Randgebiete des Arbeitsmarktes Ergebnisse vorgelegt, die in der aktuellen Diskussion über Arbeitszeitflexibilisierung

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Beachtung verdienen. In den Studien – beide wurden vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit gefördert – wird auf ausreichender empirischer Grundlage mit der wissenschaftlich gebotenen Zurückhaltung argumentiert. Auch das macht die Lektüre erfreulich.

W. Meißner, Frankfurt a. M.

Munier, Betrand R. (Ed.): Risk, Decision and Rationality. D. Reidel Publishing Company, Dordrecht - Boston - Lancaster - Tokyo 1987. 707 S. Dfl. 230,– / US-$ 99,–.

Dieses Buch ist das vierte in einer der Entscheidungstheorie gewidmeten Serie die mit einem im Jahre 1979 von Maurice Allais and Ole Hagen herausgegebenen Band beginnt. Es enthält 39 Arbeiten, die auf der dritten internationalen Konferenz über die Grundlagen und Anwendungen der Nutzen-, Risiko- und Entscheidungstheorie (FUR-III) im Juni 1986 in Aix-en-Provence vorgetragen wurden. Während in diesem Band nur die Arbeiten über Individualentscheidungen wiedergegeben sind, enthält ein weiterer 16 Vorträge der Konferenz über Gruppenentscheidungen. Sehr nützlich, auch als Einführung in die neueren Entwicklungen auf dem Gebiet, ist der einleitende Beitrag des Herausgebers. Er konzentriert sich auf die Hauptproblematik und informiert gleichzeitig über die verschiedenen Darstellungsformen. Das Buch selbst ist dann in sieben Teile gegliedert:

- Konzepte und Experimente der Nutzenmessung,
- Experimentelle Untersuchungen und Hypothesen des erwarteten Nutzens,
- Kritik der Theorie des Erwartungswertes des Nutzens und alternative Modelle,
- Die ungelöste Vielfalt der Modelle,
- Rationalität und Logik der Entscheidung,
- Modellierung und Messung der Unsicherheit,
- Einige Anwendungen.

Ausgangspunkt der neueren Debatte ist die Kritik, die der Nobelpreisträger des Jahres 1988, Maurice Allais, im Jahre 1952 an der Theorie des Erwartungswertes des Nutzens von v. Neumann und Morgenstern und damit an der gesamten sogenannten Neo-Bernoulli-Schule (Friedman, de Finetti, Savage, Samuelson) geübt hat. Grundlage der Kritik waren Experimente, in denen sich zeigte, daß das der von Neumann-Morgensternschen Theorie zugrunde liegende Unabhängigkeitsaxiom nicht eingehalten wird. Es besagt, daß bei der Wahl zwischen zwei Alternativen die Entscheidung nur von dem abhängen darf, was in beiden verschieden ist, aber unabhängig davon sein muß, was in beiden gleich ist. Die Ergebnisse der Experimente zeigen nun einen sogenannten Sicherheitseffekt, d.h. die Wahrscheinlichkeit spielt in der Nähe der Sicherheit eine für die Entscheidung ausschlaggebende Rolle. Eine sichere Million wird 2,5 Millionen mit 0,9 Wahrscheinlichkeit vorgezogen, nicht jedoch eine Million mit 0,3 Wahrscheinlichkeit 2,5 Millionen mit 0,27. (Diese Illustration des Sicherheitseffektes enthält eine starke Vereinfachung.) Weitere danach empirisch festgestellte Effekte sind die Wahrscheinlichkeitsverzerrung, d.h. die Überbewertung sehr niedriger Wahrscheinlichkeiten, der Reflexionseffekt, d.h. eine konvexe Nutzenkurve links vom Ausgangspunkt, der Nutzenbewertungseffekt und weitere Umgebungseffekte.

An dieser Stelle eröffnen sich zwei mögliche Forschungsrichtungen. Die normative Richtung könnte sich eine zu definierende Rationalität bei Entscheidungen zum Ziele setzen, um auf der Grundlage empirischer Forschungen Irrationalitäten durch Aus-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bildung zu vermeiden. Dieses Aufgabenfeld fällt weitgehend in die Psychologie und wird im vorliegenden Band kaum angesprochen. Hier geht es mehr um eine Erweiterung der positiven Theorie, wobei drei Hauptrichtungen zu erkennen sind, und zwar

- das verallgemeinerte Erwartungsnutzenmodell von Mark Machina,
- Modelle der Verzerrung der dekumulativen Verteilung,
- Modelle mit alternativen Formulierungen der Nutzenfunktion.

M. Machinas Theorie arbeitet weiter mit dem Erwartungswert des Nutzens, ersetzt aber die Neo-Bernoulli-Nutzenfunktion durch eine lokale Nutzenfunktion. Diese hängt von der Wahrscheinlichkeitsverteilung des Prospektes ab. Damit ist es möglich, einige der o.g. Effekte in dieses Modell einzuschließen. Während Machina in diesem Band nur mit einem kurzen Beitrag vertreten ist, findet sich hier eine ausführliche Kritik und weitgehende Ablehnung seines Ansatzes durch Maurice Allais, die noch durch ein Postskript die mathematischen Unrichtigkeiten betreffend ergänzt wird. Die Debatte ist nicht als beendet anzusehen, sie wird durch den folgenden Beitrag der Psychologin Lopes bereichert, die den breiteren und realitätsnäheren Ansatz der französischen Schule hervorhebt.

Maurice Allais ist weiterhin in diesem Buch mit einem in die zweite Gruppe einzuordnenden Beitrag vertreten. Das Modell enthält nicht nur alle bisher von ihm vertretenen wichtigen Konzepte und ist testbar, sondern es gehört auch zu der aussichtsreichen Kategorie von Nicht-Erwartungsnutzen-Modellen, in die die gesamte Wahrscheinlichkeitsverteilung der Prospekte eingeht. Zur dritten oben erwähnten Gruppe von Modellen ist das linearisierte Momenten-Modell zu rechnen, das mit drei Momenten formuliert ist. H. Munera testet dieses Modell mit reichem empirischen Material und findet u.a. den oben erwähnten Sicherheitseffekt bestätigt.

Das Buch bietet insgesamt eine Fülle von Forschungsansätzen, die hier nicht besprochen werden können. Wünschenswert wäre eine stärkere Berücksichtigung der Anwendungen. Die dazu vorliegenden Beiträge offenbaren den Bedarf, sind aber insgesamt in ihrer Qualität für praktische Zwecke unbefriedigend.

J. Franke, Berlin

Eizenga, Wietze / *Limburg,* E. Frans / *Polak,* Jacques J. (Hrsg.): The quest for national and global stability. In Honor of Hendrikus Johannes Witteveen. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht - Boston - London 1988. XIV, 242 S. Dfl. 150,00 / US-$ 79,00.

Das vorliegende Werk ist eine Festschrift oder ein Liber Amicorum, wie es die Herausgeber nennen, für Hendrikus Johannes Witteveen aus Anlaß des 40. Jahrestages seiner Ernennung zum Professor an der Netherlands School of Economics in Rotterdam (heute Erasmus Universität) im Frühjahr 1988.

Witteveen ist allen, die sich mit Fragen des internationalen Währungssystems befassen, ein feststehender Begriff, ist doch sein Name im Zusammenhang mit der 1979 in Kraft getretenen Witteveen-Fazilität des IWF in die Währungsgeschichte dieser Institution eingegangen. Witteveen, geboren 1921, war zweimal Finanzminister der Niederlande, bevor er während der größten Krise im IWF in den Jahren 1973 bis 1978 die Aufgabe als dessen geschäftsführender Direktor wahrnahm und in diesem Zeitraum die „Neuordnung" des internationalen Währungssystems im Anschluß an den endgültigen Zusammenbruch des Festkurssystems im Frühjahr 1973 und den durch die erste Ölpreiskrise bedingten internationalen Verwerfungen in dieser führenden Position beratend und entscheidend mitgestaltete.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Infolgedessen sind es vornehmlich bekannte Persönlichkeiten aus dem Bereich der internationalen Währungspolitik, die diese Festschrift durch ihre Beiträge gestalten. Die internationale Währungspolitik mit ihren diversen Aspekten und Facetten bildet denn auch das Leitmotiv nahezu aller in diesem Bande versammelten 16 Beiträge, die in alphabetischer Reihenfolge der Autoren abgedruckt sind.

Wollte man eine thematische Untergliederung vornehmen, so ließen sich wohl drei Themenkreise bilden, in die die einzelnen Beiträge eingeordnet werden könnten.

Dem *ersten* Themenkreis mit allgemeinen wirtschaftspolitischen Überlegungen zum gegenwärtigen Weltwährungssystem und seinen Wirkungsweisen wären etwa die folgenden sechs Beiträge zuzuordnen: "Strengthening international economic co-operation: the role of indicators in multilateral surveillance" von *Andrew Crockett,* dem stellvertretenden Direktor der Forschungsabteilung des IWF; "The international monetary system and the strength and vicissitudes of the American dollar", von *Pieter Korteweg,* einem vormals hohem Beamten im niederländischen Finanzministerium und derzeitigem Aufsichtsratsvorsitzenden der Bobeco Gruppe; "The great inflation and its aftermath", von *Sir Jeremy Morse,* dem Vorsitzenden der Lloyds Bank; "Restoring stability within a system of floating exchange rates", von *Robert V. Roosa,* einem ehemals hohem Beamten des amerikanischen Finanzministeriums und gegenwärtigem Partner der Firma Brown Brothers Harriman and Co.; "External imbalances: causes, consequences and cures" von *H. Onno Ruding,* dem niederländischen Finanzminister; sowie "International economic policy coordination: present shortcomings, future opportunities", von *Anthony M. Salomon,* einem ehemals hohem Beamten im amerikanischen Finanzministerium, vormaligem Präsidenten der Federal Reserve Bank of New York und gegenwärtigem Vorsitzenden der Firma S. G. Warburg Inc.

Einen *zweiten* Themenkreis mit speziellen Reformvorschlägen zur Veränderung und Verbesserung des internationalen Währungssystems bilden die folgenden drei Beiträge: "The world needs a new 'Witteveen-facility'", von *Jànos Fekete,* dem Vizepräsidenten der Ungarischen Nationalbank; "The 'quest for national and global stability' and developing countries", von *André de Lattre,* dem ehemaligen Geschäftsführer des Institute of International Finance Inc. in Washington, D.C., sowie "The impasse concerning the role of the SDR", von *Jacques J. Polak,* dem früheren Exekutivdirektor des IWF und jetzigem Berater von OECD und Weltbank.

Der *dritte* und letzte Themenkreis umfaßt 4 Beiträge zu Problemen des europäischen Währungssystems: "Exchange rate policy in a European and global perspective", von *Wilhelm F. Duisenberg,* dem Präsidenten der Bank der Niederlande; "European economic integration and a system of European central banks", von *Wietze Eizenga,* Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität zu Leyden; "Freedom of capital movements in the European Community", von *Conrad J. Oort,* Professor an der Universität Maastricht und Aufsichtsratsvorsitzender der Algemene Bank Nederland NV; sowie "The ECU's coming of age", von *Tommaso Padoa-Schioppa,* dem stellvertretenden Generaldirektor der Banca d'Italia.

Die drei letzten Beiträge der Professoren *Gottfried Haberler:* "Liberal and illiberal trade policy: the messy world of the second best", *Simon K. Kuipers:* "The trade cycle under capital shortage and labour shortage" und *Jan Tinbergen:* "The worst destabilizer" lassen sich nicht einem der zuvor erwähnten Themenkreise zuordnen, wenngleich auch ihnen das Grundmotiv nationaler und internationaler wirtschaftlicher Stabilität, das auch den Titel des Buches bildet, zugrunde liegt.

Es würde den Rahmen einer kurzen Vorstellung des vorliegenden Bandes sprengen, näher auf die Gedankenführung einzelner Beiträge einzugehen. Einige Beiträge sind

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erfreulicherweise so kurz, daß der interessierte Leser keine Mühe haben dürfte, sie vollständig zur Kenntnis zu nehmen. Für alle Beiträge, mit Ausnahme desjenigen von Professor Kuipers, gilt, daß sie nicht als theoretische Abhandlung mit modellmäßigen Annahmen, nachfolgenden Deduktionen und anschließenden Politikempfehlungen gestaltet sind. Vielmehr sind fast alle Beiträge darauf ausgerichtet, die Schwachstellen und Probleme des internationalen und europäischen Währungssystems zu fokussieren, wie sie sich in den Augen der handelnden und entscheidenden Politiker und internationalen Währungspraktiker darstellen oder dargestellt haben. Insofern richtet sich das Buch weniger an Studierende und solche, die erst auf dem Wege sind, ein Verständnis der Funktionsweise des internationalen Währungssystems in Gegenwart und Vergangenheit zu erwerben. Es ist hingegen eine ausgezeichnete Ergänzungslektüre für Währungstheoretiker und Fachleute auf dem Gebiet der internationalen Währungspolitik. Ihnen werden insbesondere in den stärker empirisch und faktisch ausgerichteten Beiträgen Analysen und Darstellungen von politischen und ökonomischen Entwicklungen geboten, durch die das „Verstehen" bestimmter internationaler währungspolitischer Prozesse und Entscheidungen erleichtert und die „Erkenntnis" über Lehrbuchmodellhaftes hinaus erweitert wird.

Als für den Rezensenten nach Lektüre des vorliegenden Bandes bedeutsam und lehrreich sei abschließend vielleicht die Tatsache hervorgehoben, daß die Autoren dieses Bandes, die verschiedenen Nationen angehören und deren Meinungen in Einzelfragen der Wirtschafts- und Währungspolitik sicherlich beträchtliche Divergenzen aufweisen mögen, dennoch die Erkenntnis einigt – sie durchzieht als überzeugendes Grundmotiv fast jeden Beitrag –, daß unsere stark integrierte Weltwirtschaft nur überlebensfähig ist und die erreichte Weltwohlfahrt nur erhalten bleiben kann, wenn ein stabiles internationales Währungssystem, das einen weitgehend freien internationalen Handels- und einen freizügigen internationalen Kapitalverkehr gewährleistet, die Grundlagen dafür bereitstellt. Ein solches Währungssystem läßt sich aber nicht durch eine (wiederholbare) Einmalentscheidung à la Bretton Woods dekretieren, sondern erfährt seine kontinuierliche Stabilisierung letztlich dadurch, daß zur Beilegung von Problemen und Krisen international koordinierte währungspolitische Entscheidungen getroffen werden, die die Freiheit des Handels- und Kapitalverkehrs aufrechterhalten und verstärken.

M. Feldsieper, Köln

Lompe, Klaus: Sozialstaat und Krise. Bundesrepublikanische Politikmuster der 70er und 80er Jahre. Peter Lang, Frankfurt/M. - Bern - New York 1987. 342 S. sFr. 50,– / DM 68,–.

Lompe, Politikwissenschaftler an der Technischen Universität Braunschweig, vereint in diesem Band sieben umfangreiche, größtenteils bereits publizierte Aufsätze aus den Jahren 1979 - 1986. Die Themen sind vielfältig: Neben „Bilanzen" der inneren Reformen der 70er Jahre und der wissenschaftlichen Politikberatung stehen Betrachtungen über die Regierbarkeitsdiskussion und den Neokorporatismus, über die Neue Armut sowie über Modernisierungsrisiken und Technikgestaltung.

Der Titel „Sozialstaat und Krise" erweist sich als schwache Klammer für die verschiedenen Themen. Lompe untersucht weder Sozialstaatskonzepte oder -probleme noch diskutiert er, was eine Krise ist bzw. ob sich eine solche im politischen System der Bundesrepublik Deutschland beobachten läßt. Er läßt zwar beiläufig deutlich werden, daß er jener emanzipatorischen Sozialstaatskonzeption folgt, die Hartwich 1970 umfassend dargestellt hat, d.h. er interpretiert das Sozialstaatsprinzip des

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Grundgesetzes vor allem als Auftrag zur Reform der Gesellschaft und zu verstärkter Planung der Politik, er bestreitet, daß es für das sozialstaatliche Leistungssystem Grenzen gibt, und er kritisiert die bis Mitte der 60er Jahre herrschende Interpretation des Sozialstaatsprinzips als „sozialen Kapitalismus". Ebenso beiläufig läßt er den Leser wissen, daß er in der Zunahme der Arbeitslosigkeit und in der Begrenzung der sozialstaatlichen Leistungen durch die christlich-liberale Koalition in den 80er Jahren die „Krise" sieht. Aber dies dürfte kaum den Titel rechtfertigen.

Wenn sich ein roter Faden durch den Band zieht, dann ist es eher das wiederholte Plädoyer für mehr Planung, wissenschaftliche Beratung und Steuerung der Politik. Die ersten drei, vor 1982 geschriebenen Aufsätze stehen noch ganz im Schatten von Lompes 1971 erschienenem Buch „Gesellschaftspolitik und Planung", einem Spiegel der Planungseuphorie der ersten Jahre der sozialliberalen Koalition. Wie in jenem Buch, so setzt er sich auch hier für eine „Enttabuisierung des Planungsdenkens", für eine Ausweitung sozialwissenschaftlicher Politikberatung, für eine Verstärkung der Planungsgremien und -verfahren und für einen Ausbau staatlicher Steuerungsfähigkeit ein. Letzteres gilt ihm sogar als „zentrale Frage unserer Zeit". Die „Schwächen staatlicher Problemverarbeitungskapazität" beruhen für ihn „vor allem auf strukturellen Schwächen der Regierungsorganisation", die Krisen auf „einer reaktiven kurzatmigen Politik". Daß es in einer freiheitlichen Verfassungsordnung wie der der Bundesrepublik aber auch noch andere Hindernisse für die Effizienz der Planung gibt als die Regierungsorganisation, zeigen Lompes Klagen über das Bundesverfassungsgericht, den Föderalismus mit der „Permanenz von Landtagswahlen" und die „Unstetigkeit gesellschaftlicher und politischer Ablaufprozesse". Sie seien Barrieren für Reformen und verhinderten den Erfolg der Planung. Hier zeigen sich die fragwürdigen Tendenzen einer Planungseuphorie, die ihre Hoffnung auf eine „Verstetigung" der Politik durch Planung setzt und in der Gefahr steht, eine Reißbrettgesellschaft zu entwerfen, die mit der „Unstetigkeit" nicht nur die Demokratie, sondern den Menschen selbst unter ihr Joch zwingt.

In den letzten vier Aufsätzen, alle am Ende der sozialliberalen und in den ersten Jahren der christlich-liberalen Regierung geschrieben, ist von der Planungseuphorie kaum noch etwas zu spüren. Lompe wendet sich nicht nur neuen Themen wie dem Neokorporatismus und der Neuen Armut zu, er scheint sich auch von seiner Fixierung auf die strukturellen Bedingungen der Politik zu lösen und den Blick zaghaft auf ihre moralischen Bedingungen zu lenken. So sei Technologiepolitik nicht nur „ein Institutionenproblem des Staates", sondern „auch ein intermediäres Problem der gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere der Tarifparteien und ein individuelles Problem von Einstellungen, Verhalten und Engagement des Bürgers". Er weist auf die Ambivalenz jeder Technologie hin, die, indem sie einen Teil alter Probleme löse oder verringere, gleichzeitig neue schaffe.

Auch seine Reflexionen zum Zusammenhang von Regierbarkeit und Neokorporatismus sind anregend. Die Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen, vor allem von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden an politischen Entscheidungsprozessen sei der Preis der Regierbarkeit hochindustrialisierter, arbeitsteiliger Gesellschaften. Allerdings sei dieser Neokorporatismus nur in Phasen ökonomischen Wachstums geeignet, die Regierbarkeit zu verbessern. In Krisenzeiten hätten zumindest konservative Regierungen kein Interesse an ihm oder sie würden ihn nur als Instrument zur Disziplinierung der Gewerkschaften betrachten. Hier wie auch an zahlreichen anderen Stellen des Buches wird Lompe zum parteiischen Journalisten, der sich ganz dem Tagesgeschäft der Verteidigung der Politik der Brandtschen SPD und der Polemik gegen die christlich-liberale Wende hingibt. Da wird die Neue Armut dann zur Folge der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, die wiederum eine Folge der unternehmer-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

freundlichen christlich-liberalen Wende 1982 sei. Die Begriffe „Unregierbarkeit" und „Erwartungsüberlastung" werden zu konservativen Erfindungen zur Kritik sozialdemokratischer Reformpolitik und zur Verschleierung unternehmerorientierter Widerstände gegen sie. Leistungsorientierung wird zur sozialstaatsfeindlichen, die beati possidentes schützenden Ideologie. Eine derartige Polemik schmälert nicht nur den wissenschaftlichen Ertrag des Buches, sie läßt es auch dick, reich an Wiederholungen und geschwätzig werden.

M. Spieker, Osnabrück

Rahmsdorf, Detlev / *Schäfer,* Hans-Bernd (Hrsg.): Ethische Grundfragen der Wirtschafts- und Rechtsordnung (Hamburger Beiträge zur öffentlichen Wissenschaft, Bd. 4). Dietrich Reimer Verlag, Berlin - Hamburg 1988. 219 S. Kart. DM 29,50.

Der Band enthält die Vorträge einer Vorlesungsreihe, die unter dem Titel „Ethik, Ökonomie und Recht" im Wintersemester 1985/86 an der Universität Hamburg angekündigt war. Obwohl nicht für ein Fachpublikum gedacht, sind die sechs Vorträge doch so anspruchsvoll, daß der verbreitete Eindruck, in der „Wirtschaftsethik" zählten Postulate, Appelle an den guten Willen u.ä. mehr als wissenschaftliche Argumente, bei diesem Band nicht aufkommt.

Den Auftakt bildet die gekürzte Fassung des Vortrags, den *C. C. von Weizsäcker* auf der Baseler Tagung des Vereins für Socialpolitik gehalten hat und der im Tagungsband bereits veröffentlicht wurde (Was leistet die Property Rights Theorie für aktuelle wirtschaftliche Fragen?, in: M. Neumann (Hrsg.): Ansprüche, Eigentums- und Verfügungsrechte, Berlin 1984, S. 123 - 152). Von Weizsäcker lenkt den Blick weg von einzelnen Handlungen auf „Regime", und er zeigt überzeugend, daß das „Effizienzregime", also ein direkt auf Effizienz abzielendes Handeln, in nahezu allen Fällen dem „Verteilungsregime", dem primär auf Verteilungswirkungen abzielenden Handeln, auch nach moralischen Maßstäben überlegen ist. Unter ausdrücklicher Anerkennung eines gewissen Egalitarismus nützt das Effizienzregime vor allem den Benachteiligten; demgegenüber wirkt ein Verteilungsregime, das direkt den Gerechtigkeitsvorstellungen der verschiedenen (Interessen-)Gruppen folgt und staatlichen Interventionismus fordert und fördert, „der Tendenz nach strukturerhaltend und fortschrittshemmend" (41). Als Kernproblem tritt hervor, daß die Vorteile des Effizienzregimes breit streuen, die Nachteile aber selektiv anfallen, also einzelne Gruppen, Branchen etc. betreffen, die dann ein vitales Interesse haben, sich dagegen zu wehren. Von Weizsäckers Argument lautet, daß, über das ganze Leben eines einzelnen berechnet, gravierende Nachteile im speziellen Fall, z.B. vorübergehende Arbeitslosigkeit, in aller Regel von den zahllosen kleinen Vorteilen des Effizienzregimes kompensiert werden dürften („Generalkompensation"). Allerdings traut er der politischen Durchsetzbarkeit verfassungsmäßiger Beschränkungen gegen eine staatliche Politik im Horizont des Verteilungsregimes, die J. M. Buchanan vorgeschlagen hat, nicht recht, aber auch die Erörterung von Spezialkompensationen bleibt ohne Resultat. Insofern endet der die Probleme luzide darstellende Beitrag eher aporetisch, zumal die in der ursprünglichen Fassung stark propagierte Aufklärung der Öffentlichkeit über ordnungspolitische Fragen durch die Wissenschaftler hier nur angedeutet wird (vgl. 45). – Da von Weizsäcker selbst die Gerechtigkeits*vorstellungen* der Gruppen für handlungsleitend ansieht, könnte man die Erfolgsaussichten der Aufklärung über die „Generalkompensation" und ihre Vorteile für jeden einzelnen durch die Wissenschaft gemäß der ursprünglichen Fassung des Beitrags vielleicht doch positiver beurteilen, als das in dieser Fassung aussieht.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Philosoph *J. Meran* stellt die Wirtschaftsethik in den Rahmen der Philosophie der Wirtschaft seit Aristoteles. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, sei der – nach Auffassung des Rezensenten beachtliche – systematische Ertrag wiedergegeben. Meran arbeitet programmatisch „mit der Hypothese, daß sich ökonomische und moralische Motive und Normen letztlich nicht im Wege stehen, daß ... es ökonomisch vernünftig ist, moralisch richtig zu handeln" (70). Er versucht, den Dualismus von Ökonomie und Moral, von Ökonomik und Ethik, zu überwinden und die Einheit von beidem philosophisch zu denken. Ausgehend von dem Tatbestand der „Ökonomisierung" immer weiterer Lebensbereiche, die bei ihm nicht nur negativ beurteilt wird, spricht er der Wirtschaftsethik eine zentrale Bedeutung zu, ja mehr noch: „Die Ethik kann sowohl ihre praktische, die Welt verbessernde, als auch ihre theoretische, die Prinzipien der Moral begründende Aufgabe nur als angewandte Disziplin erfüllen. ... Die Bedeutung dessen, was ein moralisches Prinzip (in einem nicht inhaltsleeren Sinn) ist, läßt sich wohl nur über seine Anwendung vollständig ausmachen." (72) Damit erlangen ökonomische Überlegungen einen systematischen Stellenwert für ethische Fragen, ohne daß dies in „Ökonomismus" abgleitet. – Der auf Aristoteles gestützte Versuch, unter modernen Bedingungen die Einheit menschlichen Handelns in Moral und Ökonomie systematisch – und nicht nur additiv – zu denken, zeigt nach Auffassung des Rezensenten die Richtung an, in der das Gespräch zwischen Philosophie und Ökonomik mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen werden kann.

J. Kromphardt wendet sich – unter Berufung auf den klassischen Liberalismus besonders von J. St. Mill – gegen die Sozialphilosophie des neueren Liberalismus, wofür die Namen M. Friedman, I. Kristol und F. A. von Hayek stehen; der neuere Liberalismus sieht solidarisches Handeln teils nicht vor, teils lehnt er es als „Zwang", der die Katallaktik stört, explizit ab. Mill hatte Gewerkschaften, also, so Kromphardt, solidarisches Handeln der Arbeiter, deswegen zugelassen, weil ihre Erfolge den Charakter eines öffentlichen Guts haben und weil eine asymmetrische Machtverteilung zugunsten der Unternehmer bestand. Für die Gegenwart setzt Kromphardt auf die gesamtwirtschaftliche Verantwortung beider Tarifpartner, zumal auch die Gewerkschaften die Erfolglosigkeit des Verteilungskampfes (über Nominallohnerhöhungen) inzwischen eingesehen hätten.

Der Philosoph *P. Koslowski* postuliert die Integration von Ethik und Ökonomik. Daß diese in der Vergangenheit nicht gelungen war, lastet er der Dominanz des mechanistischen Weltbildes in der Ökonomik an. Die Notwendigkeit einer Verbindung von Ethik und Ökonomie zeigt er an vier systematischen Problemen wirtschaftlichen Handelns: Preissetzungsspielräume, wirtschaftliche Macht, außermarktliche Nebenwirkungen und menschliche Entscheidungsfreiheit auch in der Wirtschaft. Analog postuliert er den „gerechten Preis", eine „Ethik wirtschaftlicher Macht", ethisch motivierte Einschränkungen der Vertragsfreiheit und die Berücksichtigung sämtlicher Elemente, einschließlich der Moral, die bei wirtschaftlichen Entscheidungen tatsächlich eine Rolle spielen. Das Argument, unter Konkurrenzbedingungen führe moralisches Handeln zum Ausscheiden des Wirtschaftssubjektes aus dem Markt, weist er durch den Hinweis zurück, daß sich schließlich nicht alle Wirtschaftssubjekte in der Position des Grenzanbieters befinden (dazu s. u.). Leitidee ist offenbar, daß „die Wirtschaft" eine „Doppelaufgabe" hat: „die Menschen in effizienter Weise mit Gütern zu versorgen und einen zentralen Bereich menschlicher Praxis und Selbstrealisierung zu bilden" (118).

Der Jurist *P. Behrens* legt eine Neuinterpretation des in der Rechtsprechung benutzten Terminus „gute Sitten" (§ 1 UWG) vor. Er geht aus von dem Gedanken, daß das „Recht, so weit es auf die Wirtschaft bezogen ist", die Aufgabe hat, „den einzelnen in das System der Bedürfnisbefriedigung einzufügen" (128 f.). Zu diesem Zweck greift

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Rechtswissenschaft auf den homo oeconomicus zurück, was Behrens unter Zitierung von G. Radbruch als „methodologische Einsicht" (130) ausweist. Dann kommt das Problem: „Die Schwierigkeit dieses Unterfangens liegt darin, daß sich kein abschließender Katalog systemwidriger Verhaltensweisen aufstellen läßt, sondern daß man nur Gesichtspunkte herausarbeiten kann, unter denen konkrete Situationen jeweils neu beurteilt werden müssen." (131) Generalklauseln und „gute Sitten" tragen dieser Problematik Rechnung, so daß gilt: „Sittenwidrigkeit ist daher nichts anderes als durch die Gerichte zu konkretisierende Rechtswidrigkeit." (133) Die Interpretation der „guten Sitten" als empirisch feststellbare Konventionen ist damit ebenso überwunden wie eine naturrechtliche Deutung.

Der umfangreichste Beitrag ist der von *C. Seidl*, er trägt die Überschrift „Welfarismus versus Liberalismus. Sind Demokratie und individuelle liberale Rechte unvereinbar?"; auch er war bereits publiziert (in: Wirtschaftspolitische Blätter 33, 1986, S. 8 - 27 und 217 - 229). Im Zentrum steht das alte – und neue – Problem des Verhältnisses von individueller Freiheit und Kollektiventscheidungen. Im „Welfarismus" zählen lediglich „Informationen über die individuellen Nutzen", die dann über Aggregationsverfahren in eine kollektive Präferenzordnung überführt werden, während der Liberalismus „den einzelnen Individuen Entscheidungsautonomie über sie betreffende Grundrechte, Freiheitsrechte oder rein persönliche Angelegenheiten" (144) zugesteht, die gegenüber kollektiven Entscheidungen tabu sind. „Überlagert" wird dieses Problem vom „Konsequentialismus", also der Auffassung, daß für die Bewertung von Handlungen allein die Konsequenzen relevant sind. (Konsequentialismus,) Welfarismus und Liberalismus werden in ihren Vorzügen und Problemen erörtert, und zwar jeweils hinsichtlich der Axiomatik (z.B. Unmöglichkeitstheoreme), hinsichtlich der Manipulierbarkeit der Ergebnisse durch strategisches Verhalten und hinsichtlich der inhaltlichen Folgerungen der verschiedenen Konzepte, die auf ihre Akzeptanz überprüft werden (z.B. Mehrheitsentscheidungen, Maximin-Regel etc.). Seidl lehnt den Welfarismus ab, indem er u.a. zeigt, daß auch die Verbesserung von K. J. Arrows Unmöglichkeitstheorem durch A. Sen auf einer anderen Ebene ebenfalls die Nondictatorship-Bedingung verletzt. Es zeugt von hohem wissenschaftlichem Ethos, daß Seidl auch dem von ihm nachdrücklich präferierten Liberalismus die Liste der schwerwiegenden ungelösten Probleme vorhält: Liberalismus-Paradox und Probleme, die „sämtlich in die weite Kategorie externer Effekte fallen" (180), von denen er bedingte Präferenzen, paternalistische Präferenzen und technologische externe Effekte diskutiert. Er schließt mit einem Abschnitt „Demokratie kontra Liberalismus?" (182ff.), in dem er – vorsichtig, aber deutlich – gegen demokratische Kollektiventscheidungsprozesse, d.h. für ihn: Mehrheitsentscheidungen, und für „Pretialisierung und damit Internalisierung der Handlungskonsequenzen in Individualentscheidungsprobleme" (186), also für den Liberalismus, optiert.

Die Wirtschaftsethik ist dabei, eine Wissenschaft zu werden: Die durchweg anspruchsvollen Aufsätze dieses Bandes dokumentieren das. Besonders in den Beiträgen von *von Weizsäcker, Meran, Behrens* und *Seidl* erhalten einzelwissenschaftliche Überlegungen einen systematischen Stellenwert für die Wirtschaftsethik, bei *Meran* sogar, explizit betont, für die allgemeine Ethik. Zu begrüßen ist auch die ordnungspolitische Fragestellung, die paradigmatisch von der Sozialethik ausgeht; insofern ist der Titel des Bandes programmatisch. Eine Einführung der Herausgeber sowie ein Literaturverzeichnis und ein Glossar am Schluß runden die Publikation ab. Wenn man vom Fehlen wissenschaftstheoretischer und spieltheoretischer Überlegungen absieht, kann man von einer gelungenen und sehr lesenswerten Veröffentlichung sprechen.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kritisch sollen abschließend zwei Punkte diskutiert werden, die von allgemeinem Interesse und von systematischer Bedeutung sind.

1. *Koslowski* weist das Argument, der Wettbewerb lasse moralisches Handeln nicht zu, mit dem Hinweis darauf zurück, daß auch die Konkurrenz, zumindest bei allen Nicht-Grenzanbietern, moralisches Handeln durchaus zulasse. Man hört dieses Argument oft, gleichwohl hält der Rezensent es paradigmatisch für höchst bedenklich.

Vorsprungsgewinne, überdurchschnittliche Renditen, Reserven (slack) werden hier als Möglichkeit zu moralischem Handeln verstanden. Damit wird aber ihr *ökonomischer* Sinn verfehlt, der darin besteht, Möglichkeiten für Investitionen und Wachstum zu bieten sowie ein Anreiz für potentielle Konkurrenten zu sein. Diese Argumentation steigt vorschnell aus der Ökonomik aus und bringt viel zu früh die philosophische Ethik ins Spiel: Die (Bedeutung der) Einzelwissenschaft Ökonomik wird so unterschätzt, und es entsteht der Eindruck einer Moralisierung der Ökonomie.

Ein zweiter Kritikpunkt ist wichtiger: Die Moral wird über eine ‚Lücke' im Wettbewerbsprozeß geltend gemacht. Sie kommt damit nicht systematisch, etwa in Form der letztlichen Einheit von Moral und Ökonomie/Wettbewerb, ins Spiel, sondern über den Defekt des Wettbewerbs. Damit wird die Möglichkeit von Moral systematisch abhängig vom Fortbestehen dieses Defekts! Jede Verschärfung des Wettbewerbs durch wirtschaftspolitische Maßnahmen würde die Möglichkeit zu moralischem Handeln einschränken! Denn die Verschärfung des Wettbewerbs bringt immer mehr Wettbewerber in die Position des Grenzanbieters, und die sind nach dieser Argumentation nur den üblichen gesetzlichen, nicht aber weitergehenden moralischen Forderungen unterworfen. Es ist nur konsequent, wenn *Koslowski* an anderer Stelle „dem Verhalten der Branchenführer und marktbeherrschenden Unternehmen eine zentrale Stellung" für die Verbreitung der Moral in der Wirtschaft zuweist (Prinzipien der Ethischen Ökonomie, Tübingen 1988, S. 222).

Mit dieser Argumentation wird der paradigmatische Gegensatz von Moral und Ökonomie/Wettbewerb nicht beseitigt, sondern restituiert; er wird lediglich pragmatisch verdeckt. Paradigmatisch hatte K. Marx klarer gedacht: Moral bzw. Solidarität konnte für ihn *im* Wettbewerb nicht zur Geltung kommen, weil – langfristig gesehen und in unserer Sprache ausgedrückt – alle Wirtschaftssubjekte zeitweilig solche Grenzanbieter sind. Wer der Konsequenz von Marx, den Wettbewerb um der Moral bzw. Solidarität willen abzuschaffen, entgehen will, darf den systematischen Ort der Moral in einer Wettbewerbswirtschaft nicht länger in jener ‚Lücke' sehen, in der der Wettbewerb nicht (ideal) funktioniert. *Paradigmatisch* wird man besser an die Einsicht des Ordo-Liberalismus anknüpfen, der den systematischen Ort der Moral in der Rahmenordnung sah und nicht in den einzelnen Handlungen innerhalb dieser Rahmenordnung. Daß Vorsprungsgewinne oder slack *pragmatisch,* also in besonderen Einzelfällen, zu moralischen Handlungen verwendet werden können und dürfen, bleibt von diesen paradigmatischen Überlegungen unberührt. Aber dieser pragmatische Aspekt kann nicht die Devise „gerechter Preis" und „Ethik wirtschaftlicher Macht" begründen, sondern muß die Devise „Wettbewerbspreise" und „Abbau wirtschaftlicher Macht" als moralisch gefordert unzweideutig geltend machen.

2. *Seidl* versieht die Abschnittüberschrift „Demokratie kontra Liberalismus" mit einem Fragezeichen. Dies ist wohl auf die Bedenken zurückzuführen, die die *bisher entwickelte* theoretische Rekonstruktion des Liberalismus bei dem Liberalen *Seidl* findet. Ich möchte diese Bedenken gegen die Sozialphilosophie des Liberalismus noch verstärken, ohne jedoch die liberale Position preiszugeben. Das Grundproblem der bisher entwickelten Sozialphilosophie des Liberalismus scheint mir darin zu liegen, daß sie mit dem kollektiven Handeln *theoretisch* nicht zurechtkommt.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Paradigma der Sozialphilosophie des Liberalismus, das von *Seidl* erneut bestätigt wird, sieht wie folgt aus: Grundbegriff ist die individuelle Freiheit, verstanden als geschützter Bereich des Individuums, in den niemand eingreifen darf (Grundrechte, Autonomie). Geschützt wird dieser Bereich vom Staat, verstanden als Rechts- und Verfassungsstaat. Abzuwehren sind Eingriffsversuche anderer, besonders auch des Staates, heute vor allem des Souveränität beanspruchenden *demokratischen* Staates, wobei Demokratie – systematisch – als Herrschaft der Mehrheit verstanden wird. Damit stehen individuelle Freiheit und Demokratie, Liberalismus und Demokratie tendenziell im Gegensatz zueinander: Die individuellen Freiheitsrechte dienen auch bei *Seidl* dem *Schutz des einzelnen vor der Demokratie*. Der Demokratie wird – konzeptionell, natürlich nicht persönlich – mit Skepsis und Mißtrauen begegnet. Dies ist für den Rezensenten ein zu hoher Preis, so daß es sich lohnen könnte, an einer anderen Konzeption zu arbeiten.

Hier bietet sich die Vertragstheorie an. Zunächst muß in diesem Rahmen die Gleichsetzung von Demokratie und Herrschaft der Mehrheit aufgegeben werden; etymologisch und philosophiehistorisch kann dies recht gut begründet werden, denn Demokratie ist schließlich Herrschaft des Volkes, Herrschaft (im Namen) aller. Als kollektive Entscheidungsregel liegt dann – paradigmatisch – der Konsens bzw. das Vetorecht jedes einzelnen gegen alle kollektiven Entscheidungen nahe; J. M. Buchanan setzt so ein. Die paradigmatisch ausgezeichnete Stellung der Konsens*norm* sollte jedoch unter den Knappheitsbedingungen der Realität (Transaktionskosten) im Interesse der Betroffenen nicht direkt in konsensuelle Organisationsformen überführt werden. Allerdings gibt es einige besonders wichtige Fragen, in denen das individuelle Vetorecht aufrecht erhalten werden muß, also die Konsensnorm als Organisationsprinzip etabliert wird, das sind die klassischen liberalen Freiheits-, Menschen-, Grundrechte. Weit entfernt, als Prinzipien des Schutzes vor der Demokratie zu dienen, sind die liberalen Grundrechte damit als genuinster Bestand von Demokratie interpretiert. Sie sind die unantastbaren Rechte, die sich die Individuen wechselseitig zuerkannt haben. In allen weniger wichtigen Fragen wird organisatorisch vom Konsenserfordernis abgegangen. Damit wird Diskriminierung einzelner (Gruppen) möglich, so daß mit dem Abgehen vom Konsenserfordernis zugleich ein System von Sicherungen der einzelnen gegen die Diskriminierung durch Mehrheiten und durch Entscheidungsbeauftragte eingerichtet wird; dies sind die (Schutz-)Institutionen der parlamentarischen Demokratien. Diese Institutionen sollen verhindern, daß einzelne (Gruppen) systematisch und auf Dauer aus der „Gesellschaft" herausfallen, der Gesellschaft, die sich mit J. Rawls als „ein Unternehmen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil" verstehen läßt (Eine Theorie der Gerechtigkeit, dt. Frankfurt a. M. 1979, S. 105).

Diese hier nur skizzierte Rekonstruktion einer ebenfalls liberalen Sozialphilosophie, die der Rezensent anderswo ausführlicher entwickelt hat (Rationalität und Demokratie, Tübingen 1988), hat vor allem zwei Vorteile. Zum einen sind individuelle Freiheit und Demokratie theoretisch kompatibel. Zum anderen kann auf diese Weise durch eine genuin liberale Theorie der Demokratie der Sozialphilosophie des Sozialismus die beanspruchte Alleinzuständigkeit für das Thema Demokratie erstmals streitig gemacht werden: Bisher nämlich hat der Liberalismus nur Theorien der individuellen Freiheit, des Marktes und des Staates entwickelt, aber keine Theorie der Demokratie. Die zunehmenden Interdependenzen der modernen Welt machen kollektive Entscheidungsprozesse – u. a. auch über eine weitere „Pretialisierung und damit Internalisierung" (186), die ja nur kollektiv festgelegt werden können – immer wichtiger. Sie verdienen eine neue Analyse auch auf unterschiedlichen Wegen. Aus diesem Grunde wird der überaus differenzierte Beitrag von *Seidl* auch für den höchst hilf-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

reich und lehrreich sein, der – hoffentlich ebenso selbstkritisch – einen anderen Weg versucht.

K. Homann, Witten/Herdecke

Schlüter, Rolf (Hrsg.): Wirtschaftsreformen im Ostblock in den 80er Jahren. Länderstudien: Sowjetunion, DDR, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Bulgarien, Ungarn. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1988. 247 S. Kart. DM 38,–.

Der Sammelband enthält Einzelstudien über aktuelle wirtschaftspolitische Maßnahmen in den europäischen RGW-Staaten und behandelt damit einen Gegenstand, der angesichts der sowjetischen „Perestroika" derzeit auf großes Interesse stößt.

Nach einer allgemeinen Einführung *(R. Schlüter)* werden Reformbemühungen (aber auch unterlassene Reformen) in der Sowjetunion *(H.-H. Höhmann),* der DDR *(H. Hamel),* in Polen *(P. Pysz* und *R. Scharff),* Rumänien *(D. Ghermani),* der Tschechoslowakei *(J. Kosta),* Bulgarien *(I. Grosser)* und Ungarn *(A. Wass von Czege)* behandelt. Ergänzend wird in einer Studie die Block-Politik der UdSSR seit Beginn der 80er Jahre nachgezeichnet *(J. Hacker).*

Die wirtschaftswissenschaftlichen Länderstudien illustrieren anschaulich die wirtschaftlichen Probleme, denen sämtliche Staaten des administrativen Sozialismus und Ungarn als „sozialistische Marktwirtschaft" gegenüberstehen, wie insbesondere sinkende Wachstumsraten bis hin zur Stagnation, relativ geringe Faktorproduktivität, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten und hohe Auslandsverschuldung in konvertiblen Währungen.

Beschrieben werden des weiteren die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, mit denen dieser Stagnation begegnet werden soll, und das jeweilige gesellschaftspolitische Umfeld zwischen Beginn der 80er Jahre und Mitte 1987. Behandelt werden nicht nur Maßnahmen, die tatsächlich durchgeführt worden sind, sondern auch Reformkonzeptionen, über die bisher lediglich diskutiert wurde und die zwischenzeitlich vielfach wieder zu den Akten gelegt worden sind. Die Trennung zwischen Reformdiskussion, Reformexperimenten und umfassenden Reformen, aber auch die zwischen Reformprogrammatik und Reformrealität hätte in einzelnen der Länderstudien durchaus exakter vorgenommen werden können. In den Beiträgen über die DDR, die Tschechoslowakei und Ungarn werden auch zurückliegende (und ehedem gescheiterte) Reformbemühungen der 60er Jahre behandelt. Dies ist insoweit wichtig, weil aus dem Scheitern früherer Reformen Schlüsse auf die Erfolgsaussichten aktueller, ähnlich konzipierter Reformbemühungen gezogen werden können.

Die Länderstudien zeigen die große Spannbreite dessen auf, was in den Staaten des Ost-Blocks gemeinhin und zusammenfassend als Wirtschaftsreform bezeichnet wird:

– (Vorübergehende) Beschränkung der zentralen güterwirtschaftlichen Plankoordinierung auf eine begrenzte Anzahl von Gütern oder Gütergruppen von herausragender Bedeutung; im Falle Ungarns sogar die weitgehende Ersetzung dieser güterwirtschaftlichen Zentral- durch eine globale Struktur- und Investitionsplanung. Allerdings wird eine dezentrale marktwirtschaftliche Koordination vermittels sich frei bildender Marktpreise selbst in Ungarn nur in den sehr engen Grenzen staatlicher Struktur- und Investitionsplanung zugelassen. Die Güterpreise werden überall staatlich fixiert oder in ihrer Höhe zumindest beeinflußt. Investitionsentscheidungen von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung sind in allen Staaten grundsätzlich den zentralen Instanzen vorbehalten. Diesem „Markt" ohne wirklich freie Marktpreisbildung und Entscheidungsautonomie der Marktteilnehmer kommt grund-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sätzlich nun die Funktion zu, die (politisch determinierten) Planentscheidungen der staatlichen Lenkungsinstanzen möglichst effizient zu verwirklichen.

- Mit der (zumeist graduellen) Veränderung des grundlegenden Koordinationsverfahrens verbunden ist die zyklische De- und Rezentralisierung ökonomischer Entscheidungsrechte von der zentralen auf die betriebliche Ebene und – als Folge staatlich unerwünschten „Selbstlaufs" – wieder zurück.
- Das monetäre Lenkungsinstrumentarium, mit dessen Hilfe die Betriebe indirekt zu solchen Aktivitäten angehalten werden sollen, die den Zielvorstellungen der Zentralinstanzen entsprechen, ist wiederholt umgestaltet worden. Zu diesem Instrumentalium zählen Zinssätze, Gewinnnverwendungsvorschriften, Steuern, insbesondere aber Preise, die die Betriebe über die Knappheiten der einzelnen Güter entsprechend den staatlichen Präferenzen informieren sollen. Die Bedeutung dieser indirekten Steuerung ist um so größer, je stärker die ökonomischen Entscheidungsrechte dezentralisiert werden. Aber selbst unter diesen Bedingungen ist es auf Grund der bestehenden Informations- und Interessenprobleme bisher in keinem der betreffenden Staaten gelungen, ein funktionsfähiges Instrumentarium indirekter Betriebslenkung zu entwickeln. Dezentralisierungsmaßnahmen führten daher regelmäßig zu Fehlsteuerungen. Aus diesem Grund wurden die Entscheidungsrechte im Verlauf sämtlicher Reformen der Vergangenheit wieder rezentralisiert und die Rolle güterwirtschaftlicher Planbilanzierung erneut aufgewertet. Diese Entwicklung ist in den meisten Ländern auch gegenwärtig wieder zu beobachten.
- Unabhängig von diesen De- und Rezentralisierungen wurden die struktur- und wachstumspolitischen Ziele und Instrumente sowie die Methodik der staatlichen Planung wiederholt geändert.
- In Handel, Gewerbe, Dienstleistungssektor und Landwirtschaft wurde der Privatinitiative ein gewisser, eng abgegrenzter Spielraum gegeben (oder wieder genommen).
- Die staatlichen Leitungsorgane und -strukturen wurden wiederholt umgestaltet.

Jedes der behandelten Länder ist durch eine spezifische Ausgestaltung dieser reformpolitischen Handlungsbereiche gekennzeichnet, worüber die Beiträge zumeist sehr detailliert informieren. Im Falle Polens wären allerdings nähere Angaben über die in dem betreffenden Beitrag erwähnten prozeßpolitischen Maßnahmen sinnvoll gewesen.

Alle Autoren schätzen die Erfolgsaussichten der aktuellen Reformbemühungen in den einzelnen Staaten vorsichtig bis negativ ein. Damit der Leser die jeweilige Argumentation nachvollziehen kann und in der Fülle der gebotenen Fakten nicht den roten Faden verliert, müßte er die grundlegenden Funktionsprobleme staatssozialistischer Zentralverwaltungswirtschaften bzw. „sozialistischer Marktwirtschaften" kennen, die sich aus dem Staatseigentum an den Produktionsmitteln, aus zentraler güterwirtschaftlicher oder aus staatlicher Struktur- und Investitionsplanung, aus dem Eigeninteresse der staatlichen Bürokratie und der Betriebe usw. ergeben. Da sich die Veröffentlichung allem Anschein nach jedoch vorwiegend an den interessierten Laien wendet, kann nicht von einem solchen Kenntnisstand ausgegangen werden. Um so notwendiger wäre es gewesen, diesen Leserkreis über die relevanten Zusammenhänge zu informieren.

Die Autoren behandeln die Ordnungsspezifik sozialistischer Zentralverwaltungswirtschaften mit sehr unterschiedlicher Gewichtung: Während *H. Hamel* ausdrücklich die Ursachen der Funktionsdefizite sozialistischer Zentralverwaltungswirtschaften benennt und anhand der aktuellen wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DDR aufzeigt, daß hierdurch diese Ursachen nicht beseitigt werden, beschränkt sich *I. Grosser* im wesentlichen auf die Beschreibung bulgarischer Reformbemühungen und die Feststellung, sie seien bisher nicht wirksam gewesen. Die sonstigen Länderstudien liegen innerhalb dieser Bandbreite, indem sie zumindest auf einige systemspezifische Begrenzungen eingehen, die bisher einen erfolgreichen Verlauf der Reformen verhindert haben, wie das ungelöste Preisproblem, Widersprüchlichkeiten in den jeweiligen Reformkonzeptionen und bürokratische Widerstände.

Es ist daher grundsätzlich zu begrüßen, daß der Herausgeber in seinem Einleitungskapitel gleichsam als verbindende Klammer den Versuch unternimmt, einen Überblick über die Funktionsweise (und damit den Reformbedarf) sozialistischer Zentralverwaltungswirtschaften zu geben. Dabei benennt er auch eine Reihe ordnungsspezifischer Funktionsdefizite, insbesondere das Problem der „weichen Pläne" und dasjenige staatlicher Preissetzung; gleichwohl verwirren diese Ausführungen eher, als das sie zur Klärung beitragen: So spricht *Schlüter* schon dann von einer Reform, wenn bei der theoretischen Betrachtung die idealtypische Modellebene verlassen und statt dessen ein realtypisches Modell analysiert wird. Gleichfalls ist bei ihm (aber auch in einzelnen anderen Beiträgen) immer dann undifferenziert von „Markt" die Rede, wenn Preise und andere prozeßpolitische „Hebel" bzw. „Regulatoren" staatlicherseits als Instrumente der indirekten Betriebslenkung eingesetzt werden.

Dies kann jedoch dem weitverbreiteten Irrglauben Vorschub leisten, das prozeßpolitische Hilfsinstrumentarium zentraladministrativer Plankoordinierung sei „wesensgleich" mit dem grundlegenden Ordnungselement marktwirtschaftlicher Koordination: Kennzeichnend hierfür ist, daß die eigenverantwortlichen Pläne der Betriebe und Privathaushalte über sich frei bildende Preise koordiniert werden. In den staatssozialistischen Zentralverwaltungswirtschaften kann von freier Preisbildung jedoch keine Rede sein, und sie spielt, wie *Wass von Czege* aufzeigt, selbst für die „sozialistische Marktwirtschaft" Ungarns allenfalls eine untergeordnete Rolle.

Solange sich staatliche Instanzen unter Berufung auf eine „gesamtheitliche Rationalität" anmaßen, darüber zu befinden, welche Preise „richtig" sind, und solange sich die betriebliche Planung nur auf zentral determinierte Bereiche beziehen darf, die von der staatlichen (güterwirtschaftlichen oder strukturellen) Planung nicht erfaßt werden, und keine alternativen Angebots- und Nachfragemöglichkeiten bestehen, solange kann in keinem der betreffenden Länder von einem Markt die Rede sein.

Auf diesem Mißverständnis über marktwirtschaftliche Koordination beruht es sicherlich, wenn *Pysz* und *Scharff* völlig kritiklos polnische Vorstellungen übernehmen, Voraussetzung einer Wirtschaftsreform sei „der Übergang der Volkswirtschaft zum Marktgleichgewicht" (S. 92 und passim): Ein Marktgleichgewicht kann nur Folge, nicht aber Voraussetzung einer Reform sein, in deren Zuge die staatlichen Instanzen es zulassen, daß sich die Preise entsprechend Angebot und Nachfrage frei bilden können und die Produktion durch derartige Preissignale gesteuert wird. Da die staatlichen Instanzen mittels administrativer Preissetzung Angebot und Nachfrage allenfalls zufällig und nur für einige Güter in Einklang bringen können, schaffen sie sich mit dieser These gleichsam selbst ein Alibi für das Unterlassen substantieller Reformen.

Fehlsteuerungen, die bisher aus dem grundsätzlichen Unvermögen der zentralen Instanzen resultierten, solche Preise und andere prozeßpolitische „Hebel" festzusetzen, die die Betriebe zutreffend über das staatlicherseits erwünschte Verhalten informieren (geschweige denn Angebot und Nachfrage koordinieren), sind für die staatliche Administration in allen diesen Ländern bisher immer wieder willkommener Anlaß gewesen, vorangegangene Dezentralisierungsmaßnahmen, die ihren unmittel-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

baren Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen einschränken, zwecks Wahrung ihres Machtmonopols rückgängig zu machen. Das grundsätzliche Festhalten der kommunistischen Parteien an ihrem politischen Machtmonopol verhindert zudem jegliche ökonomische Liberalisierung, da letztere auf Grund der Interdependenz der Ordnungen auch mit einer Liberalisierung des politischen Systems verbunden sein müßte. „Sozialistischer Pluralismus" stellt allenfalls eine Vorstufe beginnender gesellschaftspolitischer Liberalisierung dar.

Der zur Findung knappheitsbezogener Preise notwendige Wettbewerb kann nur dann entstehen, wenn bestimmte institutionelle Voraussetzungen erfüllt sind. Hierzu zählen der Verzicht staatlicher Instanzen auf permanente interventionistische Eingriffe und nicht zuletzt das Prinzip der Haftung, dessen Bedeutung als konstitutives Element einer Wettbewerbsordnung von *Eucken* immer wieder betont wurde. Das Staatseigentum an den Produktionsmitteln führt jedoch zu einem Auseinanderfallen von Verfügungs- und Aneignungsrechten und stellt damit die institutionelle Hürde jeder erfolgversprechenden, marktorientierten Reform dar.

Vor diesem Hintergrund und angesichts früherer Umgestaltungsbemühungen sind die Erfolgsaussichten sämtlicher vorgestellten Reformen nicht nur als gering, sondern realiter mit Null zu bewerten: Weder das Staatseigentum an den Produktionsmitteln noch der Anspruch der kommunistischen Partei auf das (politische wie ökonomische) Machtmonopol wird von ihnen in Frage gestellt. Alle bisherigen Reformbemühungen, selbst die wiederholten Versuche in Ungarn, nach dem Versanden vorangegangener Dezentralisierungsreformen nun endlich eine „sozialistische Marktwirtschaft" zu realisieren, scheiterten an dieser, letztendlich ideologisch determinierten Hürde der Macht- und Eigentumsfrage und dem Versagen des indirekten Steuerungsinstrumentariums. Dieser ordnungstheoretische Kern der Reformproblematik hätte in manchem der Länderstudien durchaus pointierter herausgestellt werden können.

In der abschließenden politikwissenschaftlichen Analyse wäre eine etwas ausführlichere Darstellung der Ziele sowjetischer Block-Politik sinnvoll gewesen. Ohne deren Kenntnis – und ohne erläuternde Anmerkungen zu dem Bedeutungsgehalt mancher blockinternen Sprachregelungen – fällt es dem Leser sehr schwer, aus der Fülle der beschriebenen historischen Ereignisse und offiziellen Verlautbarungen auf Konstanz oder Wandel der Block-Politik (oder der diesbezüglichen Sprachregelungen?) zu schließen.

Dem Anspruch, über aktuelle ökonomische und politische Veränderungen im Ostblock zu informieren, wird das Buch durchaus gerecht. Insoweit eröffnet es dem Leser erste Erkenntnisse über die Reformproblematik der sozialistischen Länder und vielleicht auch das Interesse an tiefergehenden systemvergleichenden Betrachtungen.

A. Barthel, Marburg

Koslowski, Peter: Prinzipien der Ethischen Ökonomie. Grundlegung der Wirtschaftsethik und der auf die Ökonomie bezogenen Ethik. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1987. 339 S. Ln. DM 89,–.

„Ethik und Ökonomie müssen ... in sich die Einsichten der jeweils anderen Wissenschaft zur Darstellung bringen und sich zu einer umfassenden Theorie rationalen Handelns vereinigen. ... Wirtschaftsethik oder Ethische Ökonomie ist diejenige Theorie der Wirtschaft und Ethik, die dieser Forderung zu entsprechen sucht" (S. 1). In der vorliegenden Monographie soll eine solche Theorie, „in die auch das kulturelle Verstehen menschlicher Institutionen und Handelnsordnungen eingehen muß" (S. 5), entwickelt, soll die „Vereinigung von ethischen und ökonomischen Handlungsorientie-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rungen" (S. 204) vorgenommen werden. Damit steckt sich der Autor ein ehrgeiziges Ziel. Er sucht dieses Ziel zu erreichen, indem er in neun Kapiteln „die drei Bereiche der Ethischen Ökonomie, die Theorie der ethischen Voraussetzungen der Wirtschaft, die ökonomische Theorie der Ethik und die ethisch-ökonomische Theorie der Güter und kulturellen Wertqualitäten ..." (S. 5), ausführlich erörtert.

Im Mittelpunkt des *1. Kapitels* (S. 20 - 45) steht die Frage: „Ist gesellschaftliche Koordination ohne Ethik möglich oder ist in der gesellschaftlichen Koordination die Einführung und das Verbindlichsein eines ethischen Regelkodex nötig, damit die Volkswirtschaft ihr volles Potential realisieren kann?" (S. 20). Die gefundene Antwort läßt sich auf folgende Kurzformel bringen: „Ethik ist das Korrektiv und die Kompensation von Marktversagen, Religion das Korrektiv und die Kompensation von Ethikversagen. Wenn die Ökonomie versagt, tritt die Ethik ein, wenn die Ethik versagt, Religion" (S. 40).

Im *2. Kapitel* (S. 46 - 99) werden die Funktionen von (Markt)Ökonomie, Ethik und Religion für die gesellschaftliche Koordination näher analysiert. Dabei wird – unter anderem – abgeleitet, daß Ethik und Religion die Unsicherheit darüber reduzieren, „welche Optionen der andere aus den ihm offenstehenden Handlungsalternativen ergreifen wird" (S. 84f.). Diese Funktion von Ethik (der Rezensent würde hier von Moral sprechen) wirft nach Ansicht des Autors kein Problem auf, wenn auf allen Märkten vollständige Konkurrenz herrscht: „Die formale Ethik und die klassisch-liberale Markt- und Preistheorie kommen im Koordinationsideal überein" (S. 97). Entscheidende Bedeutung erlangt deshalb die formale Ethik erst, wenn der Markt versagt, insbesondere bei externen Effekten.

Die Ethische Ökonomie darf sich nicht „auf die verallgemeinerbare Form der Regel und die allgemeine Befolgung der Regel beschränken". Sie muß „auch die Frage nach dem Inhalt des Wollens und Strebens des Menschen untersuchen und das Werterkennen und Wertfühlen des einzelnen leiten und bilden" (S. 99). So wendet sich der Autor im *3. Kapitel* (S. 100 - 137) der „materialen Ethik" zu. „Die materiale Wertethik schafft die Motivationen, die nötig sind, damit die Regeln der formalen oder Pflichtethik eingehalten werden und Ökonomieversagen als Koordinationsversagen vermieden wird" (S. 118). Diese Motivation muß darin liegen, „Art und Weise der Marktkoordination" der Eigenart der höheren Wertqualitäten „anzupassen" (S. 115). Der „Wert" eines Gutes gilt als um so höher, je vollkommener es die „ökonomischen Eigenschaften der Nichtrivalität, des konstanten Grenznutzens und der Unmöglichkeit der Exklusion" aufweist (S. 115). „Die Habitualisierung und Ausbildung der Wertschätzung höherer Wertqualitäten münden in Einstellungen, Gewohnheitsbildung und Disposition für Wertwahrnehmung" (S. 119). „Das Sittliche folgt der Ordnung der Güter im Erkennen ihrer Wertranghöhe und Verwirklichungsordnung" (S. 130).

„Die Einsicht in die Notwendigkeit, Ökonomik, Ethik und Ästhetik und ihren jeweiligen Leitwert der Effizienz, Sittlichkeit bzw. Schönheit in der Lebensführung und Wirtschaftsweise zu vereinigen, ..., verweist darauf, daß die Wirtschaft eine der Hauptprovinzen der Kultur ist ..." (S. 138). Deshalb wird im *4. Kapitel* (S. 138 - 150) das Verhältnis von „Ökonomie und Kultur" untersucht. Dabei entwickelt der Autor interessante und zugleich kühne Thesen. Für ihn ist Wirtschaftswissenschaft „Kultur-, Natur- und technische Wissenschaft" (S. 139); er beschreibt „die Produktionskultur der Industrie ... [als] »männliche« Produktionskultur" (S. 141). Die „Produktionskultur der Dienstleistungswirtschaft ... trägt stärker Züge des Idealtypus einer ... postmodernen, »weiblicheren« Produktionskultur" (S. 141); „Kultur wird zu einem Wirtschaftsfaktor im Marketing" (S. 142); er prognostiziert, daß „mit der Vermehrung der Freizeit und Bildungspausen ... Kunst, Spiel, Wissenschaft und Spiritualität ...

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einen wichtigeren Ort im Leben der Gegenwart einnehmen. ... So steht die Stunde der Kultur, Philosophie und Religion noch bevor" (S. 148); und er sieht „die Vereinigung von Kultur- und Wirtschaftsförderung in einer Politik ... [als] die gegenwärtige Aufgabe der Kulturpolitik" an (S. 149).

Im *5. Kapitel* (S. 151 - 173) wird „die Ubiquität des Phänomens Nebenwirkungen" (S. 151) als ein zentrales Problem der Ethischen Ökonomie dargestellt. Der „Fähigkeit, Nebenwirkungen bzw. Externalitäten zu beherrschen", [kommt] für die allgemeine Ethik, die Ethische Ökonomie und die allgemeine Ökonomie „gleichermaßen große Bedeutung zu" (S. 151), hier besteht „eine Brücke zwischen Ethik und Ökonomie" (S. 172). Gefordert wird, die mit jedem Handeln verbundenen Nebenwirkungen auch dann in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, wenn sie keine oder keine merklichen Rückwirkungen auf den Handelnden haben. In Anschluß an Johannes a Sancto Thoma (1645) und an Gury (1874) werden Bedingungen dafür abgeleitet, wann eine Handlung mit negativen Nebenwirkungen „sinnvoll und erlaubt" ist (S. 168 f.).

Zu den drei Gegenstandsbereichen, die die Wirtschaftswissenschaft und die Philosophie gemeinsam haben, zählt der Autor neben der Wirtschaftsethik und der Kulturphilosophie der Wirtschaft auch die Wirtschaftsontologie. Dieser „Theorie der Grundbestimmungen des Seinsbereichs der Wirtschaft" (S. 174) widmet er das *6. Kapitel* (S. 174 - 207). Darin geht er besonders auf die Frage ein, „wie ethische, frei gewählte Handlungsmaximen und ökonomische Determinanten des Handelns, die aus der Marktsituation entstehen, zusammengedacht werden können" (S. 202). Die Antwort lautet, daß „der Dualismus zwischen Ethik und Ökonomie ... nur zu überwinden [ist], wenn bereits die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Realität und ihre Wirkung auf den Wirtschaftenden als intentional bedingt gedacht werden" (S. 202). Diese Antwort führt in die Nähe der Österreichischen Schule und impliziert eine Zurückweisung der Neoklassik (S. 204).

Das besondere Problem der „Wirtschaftsethik in der Marktwirtschaft" wird im *7. Kapitel* (S. 208 - 226) erörtert. Darin wird gezeigt, daß „der Glaube an einen Konkurrenzmechanismus, der so »gut« funktioniert, daß er Wirtschaftsethik überflüssig macht, ... eine szientistische Illusion [ist], die von der mechanischen Analogie des »Allgemeinen Gleichgewichts« ausgeht" (S. 214). „Die größten Unternehmen haben auch das größte Eigeninteresse an der Geltung der Regeln, weil sie umgekehrt im größten Umfang zu Geschädigten einer sinkenden Grenzmoral durch andere werden" (S. 223). „Die Situation einer sinkenden Grenzmoral in der Wirtschaft ist eine Situation des zunehmenden Allgemeinwerdens von Verstößen gegen die Sachgerechtigkeit der Wirtschaft" (S. 224). Deshalb lautet der „wirtschaftsethische Obersatz, daß die Sachgerechtigkeit der Wirtschaft verwirklicht werden soll" (S. 225), und zwar vor allem von den „Marktführern", die „in der Produktion des halböffentlichen Gutes Wirtschaftsethik als Vorreiter vorangehen" müssen (S. 223). Der Obersatz „konkretisiert sich ... zu der Regel: »Folge der Sachgerechtigkeit des Preissystems«" (S. 225) und zu der Forderung: „Gib jedem im Tauschverkehr dasjenige, was ihm nach den unverzerrten Regeln des Preissystems zusteht" (S. 225).

Was „Tauschgerechtigkeit" ist, wird im *8. Kapitel* (S. 227 - 260) entwickelt. Es geht darum, „jedem das zu geben, was ihm in einem unverzerrten Wettbewerbsmarkt ... zusteht" (S. 228). „Der Marktpreis auf einem Wettbewerbsmarkt hat die Vermutung (praesumptio) für sich, ein gerechter Preis zu sein" (S. 232). Märkte sind nicht immer als Wettbewerbsmärkte zu bezeichnen. So bleibt die Frage, wann auf ihnen „Tauschgerechtigkeit" erzielt wird. Eine klare Antwort kann darauf nicht gegeben werden. So „können ... keine eindeutigen Tauschgerechtigkeitsregeln für Innovationen und die ihnen entsprechenden Einführungspreise bzw. aus ihnen entstehenden Quasirenten angegeben werden" (S. 245).

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schon diese Erkenntnis zeigt, daß „die Untersuchung über die Gerechtigkeit des geltenden Preises, die Frage nach dem »gerechten Preis«, ... über die Tauschgerechtigkeit hinaus in die sozialökonomische und sozialethische Untersuchung der Konstitutionsbedingungen des betreffenden Preissystems [führt], d.h. in die Analyse der Marktverhältnisse, der Bedingungen des Eigentumsrechts und des sozialstaatlichen Leistungsrechtes und der historisch entstandenen Eigentumsverhältnisse" (S. 261). Den damit verbundenen Problemen wird das *9. Kapitel* „Theorie des gerechten Preises" gewidmet (S. 261 - 302). Diese Theorie wird nicht als „Endzustandstheorie der Gerechtigkeit, sondern [als] eine Prozeßtheorie der Gerechtigkeit des Preissystems [skizziert], die zugleich Grundvoraussetzungen des Marktprozesses und Kriterien seiner Korrektur in klar umschriebenen Situationen angibt" (S. 298).

Wie die kurze Kapitelübersicht bereits andeutet, muß das Buch als äußerst anregend bezeichnet werden. Der Leser wird auf neue Fragen zugeführt und zu neuen Einsichten geleitet. Insofern ist das Buch nachdrücklich zur Lektüre zu empfehlen – den Ökonomen so gut wie den Philosophen. Gleichwohl bereitet die Lektüre nicht durchweg Freude. Diese wird durch eine Reihe von Sachverhalten getrübt:

- Der Verfasser verwendet häufig unverständliche Fachausdrücke. Ein Philosoph wird sicherlich seine Schwierigkeiten mit der Aussage haben, daß „ein intramarginaler Anbieter ... unterhalb des break-even-Punktes ... produzierte" (S. 221), und ein Ökonom mit dem Satz: „Das Kontinuum der Transzendenz von Unmittelbarkeit und Subjektivität reicht vom Sparen als Transzendenz des unmittelbaren Bedürfnisses und Gegenwartskonsums bis zur religiösen Ethik als Transzendenz des Verallgemeinerungsprinzips" (S. 54).
- Zahlreiche Argumente und Aussagen sind schwer verständlich oder mehrdeutig. Als Beispiel diene die folgende Behauptung: „Das Vereinigungspotential der höheren Wertqualitäten und »öffentlicheren« Güter stellt ein öffentliches Gut ... dar" (S. 118).
- Wichtige Begriffe sind nicht klar genug definiert, so nicht „der Leitzins" als „der geltende Preis für Zeit und Darlehen" (S. 266).
- Der Versuch einer Vereinigung von Ethik und Ökonomie geht in einigen Fällen zu weit, so, wenn „Investition eine Übung in Großzügigkeit" genannt wird (S. 54), so, wenn es heißt, „Tugenden wie Güte und Tapferkeit sind weder rein öffentliche noch rein private Güter" (S. 115), so, wenn „die Frage, wie ein Allgemeines Gleichgewicht in der Ökonomie denkbar ist, ... [als] ein Sonderfall des Leib-Seele-Problems" angesehen wird (S. 203) und so, wenn darauf hingewiesen wird, daß „die stillen Reserven der Bequemlichkeit und des *slack* auch bei der Konkurrenz zugunsten ethischen Verhaltens eingesetzt und »geopfert« werden" können (S. 211).
- Einige Forderungen sind angesichts ihrer Reichweite nicht genügend begründet, so, daß „eine Wirtschaftsordnung" beim Postulat der Produktionsfreiheit und nicht primär bei der Konsumfreiheit oder Konsumentensouveränität beginnen" muß (S. 195).
- Die Argumentation ordnet an entscheidenden Stellen wichtigen Sachverhalten kein oder ein zu geringes Gewicht zu. So wird Ökonomik häufig auf die Analyse von Wettbewerbsmärkten beschränkt, Makroökonomik und Makropolitik werden vernachlässigt, die Theorie der Eigentumsrechte zu wenig beachtet, die Existenz eines weitreichenden Sozialversicherungssystems übersehen. Zudem wird Ethik nahezu immer mit Individualethik oder Personalethik gleichgesetzt; die Sozialethik gerät aus dem Blickfeld.
- Der Aufbau des Buches ist nicht durchsichtig. Wichtige Phänomene werden wiederholt erörtert, einige Abschnitte passen nicht recht in die Argumentationslinie.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Diese Hinweise auf Sachverhalte, die des Lesers Freude trüben, dürfen nicht überbewertet werden. Es bleibt bei der Feststellung, daß dieses Buch sehr anregend ist und wichtige neue Einsichten vermittelt. Daß es gelingen könne, gleich in einem ersten Entwurf „Ethik und Ökonomie ... zu einer umfassenden Theorie rationalen Handelns [zu] vereinigen" (S. 1), wird sicherlich niemand erwarten.

H. Hesse, Hannover

Thweatt, William O. (Ed.): Classical Political Economy. A Survey of Recent Literature. Kluwer Academic Publishers, Boston - Dordrecht - Lancaster 1988. VIII, 275 S. Dfl. 125,– / US-$ 50,–.

Wievielen Büchern ist heute nicht das Schicksal beschieden, nur von wenigen außer den Rezensenten gelesen zu werden? Von Aufsätzen in wissenschaftlichen Zeitschriften wissen wir, daß binnen 6 Jahren nach der Publikation die Hälfte der Erwähnungen, die sie in Zitaten finden, schon erschienen sein wird. Demgegenüber ist die Kontroverse über die klassische politische Ökonomie so lebendig wie je. Es sind nicht die schlechtesten Studenten, deren Bild der wirtschaftlichen Entwicklung für das ganze Leben von der Lektüre des „Reichtums der Nationen" und der anderen Klassiker geprägt wird, und es sind wohl auch nicht die schlechtesten Professoren, die ihnen diese Lektüre nahelegen, da wir alle – wenn wir den Wald gerade vor Bäumen wieder einmal nicht mehr sehen – gut daran tun, zu den alten Texten zu greifen, um den Überblick wieder zu gewinnen und die Grundfragen neu zu stellen. Aus dieser lebendigen Auseinandersetzung ist mittlerweile eine spezialisierte Literatur entstanden, welche die Dogmengeschichte der klassischen Ökonomie in großer Breite behandelt und durch Archivforschung immer neue Zusatzquellen erschließt, indem nicht nur der Briefwechsel eines Ricardo vollständig herausgegeben wird, sondern allmählich auch die kleineren Schriften und Episteln selbst der minderen Trabanten und Nachfahren.

Der Gedanke des Herausgebers dieses Buchs, eine Literaturübersicht zur Dogmengeschichte der klassischen Periode zu bieten, ist zweifellos nützlich, willkommen und aktuell, auch wenn der Überblick über die verzweigte Sekundärliteratur als indirekter Reflex der klassischen Ökonomie deren Kraft und Lebendigkeit nur noch gebrochen wiedergibt. Die Materialsammlung, die ausgebreitet wird, könnte trotz des Gegenstands trocken wirken, wenn nicht in den letzten Jahren mehrere Kontroversen über die „richtige" Interpretation der klassischen Periode entbrannt wären, die ihren Niederschlag hier finden. Sie werden für den Leser dadurch anschaulich, daß jedem der Hauptaufsätze aus kundiger Feder ein kritischer Kommentar eines manchmal noch kompetenteren Kenners beigegeben ist. Bald stellt man fest, daß es zu jedem der klassischen Autoren mindestens eine eigene Auseinandersetzung gibt: über Fragen der Priorität, der Tiefe, der Nachwirkung, vor allem aber der Einordnung. Schon die Definition der klassischen Schule ist ja umstritten, seit Marx den Begriff prägte, um die für ihn bedeutenden Vorläufer von den Vulgärökonomen zu trennen, und seit Keynes eine anhaltende Konfusion schuf, indem er die marshallianische Schule der Neoklassik unter die Klassiker subsumierte, so daß es heute vorkommen kann, daß sich ebensowohl Angehörige der Schule der rationalen Erwartungen wie Neoricardianer als Neue Klassiker bezeichnen können.

In der Einleitung zum vorliegenden Band hält sich der Herausgeber an die konventionelle Definition, wonach die Klassik ihren ersten Höhepunkt mit Smith erreicht und mit der neoklassischen Revolution im wesentlichen endet. Das Buch selbst ist jedoch in weiten Bereichen von der Auseinandersetzung um Behauptungen von Samuel Hollander geprägt, der eine Kontinuitätshypothese vertritt, wonach die sub-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

jektive Wertlehre im Grunde schon in der Klassik wurzelt und der Übergang von Ricardo zu Mill und von Mill zu Marshall als gleitender aufzufassen ist. In ihrer radikalen Form wird diese Interpretation nur von sehr wenigen gutgeheißen, aber sie hat, abgeschwächt, natürlich Vorläufer, deren prominentester Marshall war, als er versuchte, Ricardo so weit umzudeuten, bis er selbst als ein Vollender des ricardianischen Systems erschien. Schumpeter leugnete die Eigenständigkeit der klassischen Schule in anderer Weise, indem er Ricardo als Autor einer nur auf sehr spezielle Zeitumstände zugeschnittenen Theorie abqualifizierte und den Vorwurf dieser Untugend dann auch gleich noch auf Keynes übertrug. In diesem Buch wird aus den Beiträgen zu den verschiedensten Autoren, nicht nur zu Ricardo selbst, aber klar, daß die alternative Vision von der Klassik als eines kohärenten, zu dem der Neoklassik alternativen Denkgebäudes, wenn überhaupt, aus Ricardo entwickelt werden muß, und daß der Anstoß zur Erneuerung dieser Interpretation durch Sraffas Ricardo-Ausgabe und seine Einleitung zu dieser gegeben worden ist.

Eigenständige Debatten bestehen freilich zu Adam Smith. Der undankbaren Aufgabe, der Vielfalt des Autors und der in der Folge des 200-jährigen Jubiläums der Publikation des „Reichtums der Nationen" noch einmal gewaltig gestiegenen Literaturflut gerecht zu werden, stellt sich *Edwin G. West* mit einem etwas eigenwillig auf ökonomische Einzelfragen ausgerichteten Überblick. Der Vielseitigkeit der Gründe und Funktionen der Arbeitsteilung bei Smith oder der philosophischen Tiefe der "Theory of Moral Sentiments" wird er weniger gerecht. Seine Bemühung, Smith als Vorläufer moderner Ansätze zu sehen, erfährt interessante Anwendungen gerade in der Theorie der Politik. Der Kommentar von *Donald Winch* hat u.a. das Verdienst, Wandlungen in der Position von Smith aus den angelsächsischen Auseinandersetzungen über die Zeitereignisse, insbesondere die französische Revolution, zu erklären.

Salim Rashids Aufsatz über die neuere Literatur zu Malthus setzt sich zu einem Drittel mit der Bevölkerungstheorie auseinander. Sein Resultat ist, den Malthus des „Essay" mehr als einen späten spekulativen Historiographen denn als Pionier der Bevölkerungswissenschaft zu interpretieren. Er appellierte an Plausibilität, aber schon die Zeitgenossen sahen die Schwächen des Bevölkerungsgesetzes. Es kann nicht verwundern, daß ein großer Teil der Literatur mit Versuchen aktueller Widerlegungen desselben befaßt ist. Malthus als Ökonom, als Widerpart von Ricardo in der Erklärung der Preise durch Angebot und Nachfrage, und speziell als Vorläufer einer Theorie der effektiven Nachfrage erfährt heute mehr Aufmerksamkeit denn je. Freilich wird es oft schwierig, die Malthusschen Intuitionen zum System zu erheben, und inwieweit Keynes überhaupt recht hatte, Malthus als Vorläufer seiner spezifischen Theorie der Unterbeschäftigung zu reklamieren, ist selbst eine Frage. *J. M. Pullen* als Kommentator hebt das internationale und interdisziplinäre Interesse an Malthus hervor. Eine Gesamtausgabe der Werke ist in Vorbereitung, und so mag es sein, daß ein kohärenteres Bild der Malthusschen Ökonomie, unter Einschluß seiner Wachstumstheorie, schließlich noch gewonnen werden wird, das dem, das wir von Ricardo besitzen, an die Seite gestellt zu werden verdient.

Terry Peach, der den Aufsatz zu Ricardo geschrieben hat, ist ein Hauptdarsteller, der seinen Text gelernt hat, sogar ein wenig selbständig improvisiert, aber keine souverän dominierende Leistung bietet. Am Anfang steht natürlich das Kornmodell, dessen Existenz von Sraffa aus dem Briefwechsel erschlossen wurde, um den Zusammenhang von Wachstum und Verteilung unabhängig von der noch nicht gemeisterten Wertlehre formulieren zu können, bei dem die Ausdehnung der Bebauung auf immer schlechtere Böden zu sinkender Rentabilität führt. Nun trifft es zu, daß dieses Kornmodell in den erhaltenen Schriften Ricardos an keiner Stelle direkt formuliert ist, sondern nur indirekt durch Sraffa aus kritischen Kommentaren von Malthus im

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Briefwechsel rekonstruiert wurde. Peach glaubt, aus widerstreitenden Textstellen in Ricardo, die er freilich nicht wirklich belegt, ableiten zu dürfen dieses Kornmodell habe gar nicht existiert, obwohl es sich in die Grundzüge des ricardianischen Denkens richtig einfüge. Dem ist entgegenzuhalten, daß bei mehreren von Ricardos Zeitgenossen, darunter Torrens, das Kornmodell mittlerweile direkt nachgewiesen worden ist – ein Reflex findet sich sogar noch in den Theorien über den Mehrwert in der Behandlung von John Stuart Mill. Man kann davon ausgehen, es sei im ricardianischen Kreis in Diskussionen wiederholt herangezogen worden.

Die literarische Auseinandersetzung um die Rekonstruktion eines bei Ricardo selbst tatsächlich nicht verbatim dokumentierten Kornmodells wäre esoterisch und belanglos, wenn nicht die Existenz desselben der klarste Beweis für die Anwendung des Surplusprinzips in der ricardianischen Theorie von Wachstum und Verteilung wäre. Denn in den „Principles", und noch mehr im Briefwechsel, können zweideutige Formulierungen, die in erster Linie den Schwächen der Werttheorie geschuldet sind, herangezogen werden, um die surplustheoretische Interpretation des Ricardoschen Grundmodells infrage zu stellen. Daß Ricardo im Kern an einer Subsistenzlohntheorie festhielt, nach der das Bevölkerungsgesetz unbeschäftigte Arbeit zum Verschwinden brachte, wird von Peach auch nicht bestritten.

Peach wendet sich dann der Arbeitswertlehre und dem unveränderlichen Wertmaß zu, wo die einen (Stigler) den Rückgriff auf die Arbeitswertlehre empirisch begründen, während die anderen (etwa Blaug) eine „philosophisch" fundierte Vorliebe für die Stützung des Wertbegriffs auf verkörperte Arbeit vermuten. Zu wenig wird bedacht, daß eine Theorie der Preise im langfristigen Gleichgewicht unter Beachtung des Surplusprinzips vor der Entwicklung der modernen analytischen Methoden ohne die Arbeitswertlehre (d.h. ohne Darstellung der Preise als *modifizierter* Arbeitswerte) gar nicht entwickelt werden konnte – jedenfalls kennen wir keine Alternative. Peachs Analyse leidet darunter, daß er Ricardo wirkliche Konsequenz nicht zutrauen will. Wenn die Marktpreise vom Wechsel der Nachfrage und Zufuhr bestimmt sind, schließt er beispielsweise, daß also eine Nachfragetheorie doch der Rationalisierung des Begriffs des natürlichen Preises diente, daß dann aber die Begriffe fehlten, die einer solchen Theorie in neoklassischer Form zugrundeliegen. Es käme aber darauf an, zu sehen, daß Nachfrage und Zufuhr bei Smith und bei Ricardo, der diesem darin folgt, eine andere Bedeutung haben als in der modernen neoklassischen Theorie. Peach verfehlt, den Unterschied durch Bestimmung der effektiven Nachfrage herauszuarbeiten, obwohl er Aufsätze etwa von Garegnani zitiert, die den Zusammenhang klären. So entsteht ein unbefriedigender und wohl auch falscher Kompromiß zwischen den von Marshall und den von Sraffa sich herleitenden Interpretationen, der von Blaug aber in seinem Kommentar zu Peach gestützt wird.

Drei weitere Aufsätze des Buchs behandeln John Stuart Mill *(Neil de Marchi),* mit einem Kommentar von *Samuel Hollander,* eine Gruppe von Ricardianern (von *Dennis P. O'Brien*), mit einem Kommentar von *R. D. Collison Black* und schließlich das Umfeld von Marx *(Antonio Callari)* mit einem Kommentar von *John E. Elliott.* Diese zweite Hälfte des Buches steht der ersten an Qualität nicht nach. In der Auseinandersetzung um Mill hat Hollanders Kontinuitätsthese größere Überzeugungskraft, aber sie wird von *Neil de Marchi* auch hier widerlegt. Nur das Kapitel über Marx erscheint mir, zumindest in historischer Sicht schwächer. Als informativ und vielseitig habe ich dagegen *O'Briens* Behandlung von Longfield, James Mill, Robert Torrens und J. B. Say empfunden. Bei diesen manchmal vernachlässigten Autoren hat die dogmengeschichtliche Arbeit der letzten Jahrzehnte zu einer wirklichen Bereicherung unserer Erkenntnisse geführt, wenn etwa Vermutungen über James Mills Beitrag zur ricardia-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nischen Doktrin nun durch klare Belege gesichert werden oder gezeigt werden kann, wie reichhaltig und vielseitig innovativ Torrens als Ökonom gewesen ist.

Dem Spezialisten vermittelt dieser Band eine handbuchähnliche Übersicht. Der für Dogmengeschichte nur am Rande Interessierte wird es kaum von der ersten bis zur letzten Seite durchlesen, aber in jedem Falle wertvolle Anregungen für ihn besonders interessierende Themen empfangen können.

B. Schefold, Frankfurt a. M.

Müller, Frieder: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Preisänderungen. Verlagsgruppe Athenäum, Hain, Hanstein 1984. 414 S. DM 68,–.

Das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist im wesentlichen historisch gewachsen, was eine Vielzahl seiner Eigenarten und inneren Widersprüche zu erklären vermag. Es ist deshalb als löbliches Unterfangen anzusehen, wenn jemand den Versuch unternimmt, diese Widersprüche aufzulösen, bzw. durch konzeptionelle Änderungen theoretische Forderungen und statistische Praxis zu versöhnen, wie dies der Autor in seinem Vorwort als Ziel formuliert.

Als besondere Problemkreise sieht Müller dabei die in der herrschenden Praxis sehr unzureichend gelöste Preisbereinigung und als Ursache hierfür wieder die fehlende Definitionseinheit der statistischen Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR).

Die Arbeit gliedert sich in 5 Teile, die nacheinander folgende Themen abhandeln: Grundlegung der VGR, der Aggregatbegriff unter dem Aspekt der (herkömmlichen) Preisbereinigung, Ansatzpunkte einer systematischen Definition von Aggregaten, das (neue) System der vollständigen Preisbereinigung, sowie Konsequenzen und Schlußbetrachtungen. Bei einem Gesamtumfang des Buches von etwa über 400 Seiten, sind etwa 320 Seiten Text, den Rest bildet ein Anhang mit Tabellen sowie Diagrammen zur Darstellung der Güterbewegungen, Symbolliste und einem mehr als 30seitigen Stichwortverzeichnis, welches besonders lobend erwähnt sei.

Die zentralen Kapitel bilden die Teile 3 und 4 der Arbeit. Im 3. Teil werden die Grundlagen zur Lösung des Preisbereinigungsproblems gelegt. (Der Begriff der „Preisbereinigung" ist in der Literatur so eingefahren, daß sich niemand mehr daran stößt, daß wir gar nicht um die *Preise* bereinigen, sondern um Preis*änderungen.*) Hier geht es dem Verfasser vor allem darum, in enger Anlehnung an einzelwirtschaftliche Rechnungskriterien, den Begriff der Güter*bewegung* – der seinerseits in Anlehnung an das Konzept der Bevölkerungsbewegung gesehen wird – als Basis für ein statistisch praktikables, in sich aber konsistentes System der VGR nachzuweisen. Analog zur Bevölkerungsbewegung bezüglich eines abgegrenzten Gebietes, wo es Zugänge und Abgänge (echte Wanderungen) aber auch „Entstehen" (Geburt) bzw. „Vergehen" (Tod) von Personen gibt, teilt Müller die, den Güterstand einer Wirtschaftseinheit (Wi.-subjekt, Region, Sektor usw.) verändernden, Güterbewegungen in Transaktionen (Analogon zur Wanderungsbewegung) und Transformationen (Produktion bzw. Konsum von Gütern) ein, die sein System gleichberechtigt konstituieren. Nun kann man zwar nicht behaupten, daß die herrschende VGR keine Produktion bzw. keinen Konsum kenne, aber es erscheint doch als Paradox, daß die herrschende Lehre diese als interne Buchungen „abtut" und quasi als Ausnahme der Grundregel versteht, nur marktberührende Transaktionen zu erfassen. Es ist insofern auch sicher ein Verdienst Müllers, die Tatsache wieder herausgestellt zu haben, daß einer der Hauptpunkte der VGR, die Errechnung des Produktionsvolumens, gerade nicht auf der Basis von Transaktionen ermittelt wird, auf die die Rechnung ihr Hauptaugenmerk gerichtet hat.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dieser Ansatz ist die Voraussetzung dafür, beliebige Aggregate bilden zu können, die prinzipiell ein *Mengengerüst* besitzen. Dieser Punkt war in letzter Zeit bereits Gegenstand der Debatte in der Literatur, und wurde, allerdings unter dem Aspekt der gängigen Aggregatabgrenzungen, vorwiegend negativ beurteilt. Das Problem der sog. Doppeldeflationierung, mit ihren teilweise widersinnigen Ergebnissen läßt sich aber wahrscheinlich nur mit einem Mengengerüst-Ansatz lösen, wie er ja auch in etwa schon von Neubauer (PVI-Index) bzw. U. Meyer vorgeschlagen wurde.

Die Existenz eines Mengengerüsts für *jedes* Aggregat ist der Angelpunkt der Philosophie Frieder Müllers. Nur wenn alle Aggregate ein Mengengerüst besitzen, kann man ihnen auch via unterschiedlicher Bewertungsfunktionen (d.h. verschiedener Preissysteme z.B. zu „laufenden" oder „konstanten" Preisen) entsprechende Werte zuweisen, die konsistent in ein System einheitlicher Bewertungen im Rahmen der VGR passen. Die Folge ist dann, daß es auch gar keine Rolle mehr spielt, zu welchen Preisen bewertet wird, dies tangiert nicht mehr die Systemkonsistenz.

Damit wären wir auch schon beim zweiten, bzw. Hauptproblem der Arbeit. Müller gelingt es tatsächlich, auf der Basis der hier beschriebenen Annahmen bzw. Setzungen, ein entsprechendes System in Gleichungs- bzw. Kontenform zu etablieren und auch konkret mit Zahlen – entsprechend seinen eigenen Aggregatabgrenzungen – zu füllen, so daß eine konsistente, preisbereinigte VGR entsteht. Der Nachweis ist logisch, sofern man die gemachten Voraussetzungen akzeptiert, wozu auch die Zulässigkeit negativer Güterquantitäten gehört (z.B. S. 190), eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Resultat würde an dieser Stelle allerdings den Rahmen einer Besprechung überschreiten. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Zweigleisigkeit seines Kontensystems, das auf einer Fortschreibungs- und einer Einkommensrechnung aufbaut.

Die Fachwelt wird nicht umhin kommen, sich mit diesem Ansatz auseinanderzusetzen. Dies betrifft vor allem jene, die sich der eingangs beschriebenen Problematik der Konsistenz der VGR verschrieben haben, aber auch die Praktiker der VGR, die mit den erwähnten Problemen vor Ort kämpfen.

Dieses inhaltliche Urteil kann letztlich auch von den nun noch zu nennenden Mängeln des Buches nicht getrübt werden, was diese Mängel um so bedauerlicher macht: Es scheint, als ob Müller nicht sehr daran interessiert ist, daß seine Thesen bei den Fachkollegen den ihnen gebührenden Anklang finden: Die Darstellungsweise des Buches steht in krassem Gegensatz zur wichtigen und hörenswerten Botschaft. Müller benutzt zur Darstellung primär die mathematische Symbolik. Sein Anliegen war dabei ganz sicherlich Transparenz, jedoch er tat des Guten zuviel: Die Symbolliste umfaßt mehr als 250 verschiedene Notierungen, manche davon sogar dreifach indiziert. So kommt man sich vor, wie in einem Vielpersonen-Stück, in dem fortlaufend neue Figuren auftreten und man nach kurzem schon wieder vergessen hat, wer die letzten 20 waren. Hinzu kommt die Unsitte, Definitionen in Fußnoten zu verbannen oder – selbst das passiert – erst 20 Seiten später zu bringen. Leider beschränkt sich diese Eigenart nicht auf die mathematische Symbolik, sondern findet sich auch allzuhäufig bei der Wahl der Begriffe, die dann anhand so vager Ausdrücke wie „Wirtschaftsorganismus", „Sektorform" oder „unmittelbare Ereignisgütern" ohne nähere Konkretisierung die Basis für tiefreichende Ableitungen bilden.

Der Autor wäre gut beraten, die Ergebnisse seiner Arbeit zusätzlich in einer didaktisch besser aufbereiteten Form in den entsprechenden Fachblättern anzubieten, es besteht sonst die Gefahr, daß sie übergangen werden.

H. Schnabl, Stuttgart

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Homburg, Stefan: Theorie der Alterssicherung (Studies in Contemporary Economics). Springer-Verlag, Berlin - Heidelberg 1988. VI, 153 S. Brosch. DM 40,–.

Das erste Verdienst der Arbeit ist, auf die Fülle der unterschiedlichen Fragestellungen hinzuweisen und sie einigermaßen zu ordnen, so wie sie sich bei Entscheidungen über Art und Ausgestaltung der Alterssicherung logisch ergeben. Zwar wird in der Arbeit faktisch (etwas entgegen der Aussage S. 5) von den beiden zumeist zur Diskussion gestellten Grundtypen der Alterssicherungssysteme ausgegangen, dem Kapitaldeckungssystem und dem Umlageverfahren. Aber bei der systematischen Art der Darstellung dieser beiden Grundsysteme, ihrer Varianten und ihrer Probleme (zunächst theoretisch abgeleitet) ergibt sich sehr bald, daß es bei jedem von den beiden Grundsystemen zahlreiche – nennen wir sie: Untersysteme gibt, je nachdem z.B. wie über die Höhe der Beiträge entschieden wird, welche Wirkung auf das übrige Sparen davon ausgeht und vieles andere. Und je nach Lösung dieser Fragen kann die „Effizienz" des Systems als Hauptkriterium, die Rendite der Beiträge bzw. Altersersparnisse für die Höhe der finanziellen Alterssicherung, sehr verschieden sein. Aus der Berücksichtigung solcher Fragestellungen in der Untersuchung ergibt sich fast zwangsläufig das zweite Hauptverdienst: aus zunächst rein theoretisch konstruierten Systemmodellen leiten sich die unterschiedlichen und sehr verschieden wirkenden Ausgestaltungen der als möglich gedachten Alterssicherungssysteme ab, deren Unterschiede gerade infolge dieser Art des Vorgehens sehr klar werden.

Aber gerade in dieser modellmäßigen theoretischen Ableitung liegt auch die Schwäche dieser Arbeit, die ihre praktische Verwendung für politische Entscheidungen behindert. Die praktischen Voraussetzungen werden zumeist so konstruiert, daß die Modelle im wesentlichen theoretisch sauber bleiben und daß dabei vor allem das Gegenüber der beiden genannten Systemgrundtypen klar bleibt. Und – das ist eigentlich klar – bei solcher Konstruktion entfernt man sich zu Gunsten der Modellsauberkeit und -vergleichbarkeit nicht selten von der Realität des politisch Gestaltbaren und der individuellen Verhaltensweisen. Nehmen wir ein Beispiel dafür – freilich, zugegeben, um der Klarheit willen ein zunächst extremes. Der Verfasser bevorzugt (am deutlichsten und immer klar begründeten S. 133 ff.) das Kapitaldeckungsverfahren. Sogar eine Umwandlung vom (jetzt in der Bundesrepublik gültigen) System der Umlage in ein Kapitaldeckungsverfahren empfiehlt er, und zwar nicht – wie bei den Meisten, die dieses empfehlen – weil auf diese Weise mehr Kapitalbildung zur Finanzierung des Produktionswachstums gegeben sei. Das sei gar nicht der Fall, denn bei solcher Umwandlung benötige der Staat zwecks Befriedigung der durch frühere Beiträge bereits angesammelten Ansprüche ebensoviel Geld wie die jetzigen Beitragszahler laufend aufbringen (S. 131: „Aufdeckung der im Umlageverfahren enthaltenen Staatsschuld" durch die Umwandlung). Wohl aber habe das Umlageverfahren andere Nachteile, insbesondere und weitgehend entscheidend die „Tendenz zur Ausweitung" (S. 136).

Nun fragen wir zunächst: hatten wir bei der Neukonstruktion unseres Alterssicherungssystems in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitpunkt der Währungsreform 1948 und dann wieder bei der Gründung des jetzt gültigen Systems 1957 und seither überhaupt eine Wahl (ja, man könnte schon vorfragen: war das vorher gültige System, wie es vorgab, überhaupt ein Teilkapitaldeckungssystem oder war das, wie es jedes solches System wäre, was die Kapitaldeckung anlangt, eine Farce)? Man konnte, auch 1948, die aus bisherigen Beiträgen entstammenden Ansprüche nicht einfach streichen (und die Alten verhungern lassen?). Man konnte die Ansprüche aber auch nicht in Deutschmark kapitalisieren, während ja alle übrigen auf Geld lautenden Ansprüche durch die Währungsreform abgewertet wurden. Eine logisch saubere und gleichzeitig nach allen Richtungen hin klare Lösung gab es offensichtlich überhaupt nicht. Eine –

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sagen wir – Ablösung der alten Kapitalbestände durch seither jährliche Staatszuschüsse (so z.T. deren Begründung) war jedenfalls keine die Ansprüche wirklich abdeckende Lösung. Folglich war die Lösung zu wählen, die den sozialen Notwendigkeiten noch am ehesten entsprach und relativ am saubersten war. Und da das eben faktisch nicht aus der direkten Aufwertung der in der Vergangenheit begründeten Ansprüche in Kapitalvermögensform möglich war, ohne das ganze System der Währungsreform zu desavouieren, mußte man die sozial gewollte Anerkennung dieser alten Ansprüche in einer zukunftsbezogenen Form vornehmen, die dann auch den neu zu erwerbenden weiteren Ansprüchen Platz gab – also Umlageverfahren. Der andere Weg, der offenbar im Sinne des Verfassers am saubersten gewesen wäre – laufende Verschuldung des Staates in Form der Inanspruchnahme der Beitragseingänge für die laufenden Rentenzahlungen und dafür Kapitaldeckung der bei den Beitragszahlern entstehenden Ansprüchen durch Staatsschuldtitel und mit alledem Anerkennung der alten Ansprüche – wäre faktisch nicht wählbar gewesen. Das ohnehin damals mehr als schwache Vertrauen in die neue Währung wäre mit einer solchen Verschuldungslösung mit Sicherheit zerstört worden. Gehen doch die Ansprüche, kapitalisiert, in die Größenordnung von Billionen. Und Ähnliches, wenn auch nicht so extrem, ist auch in „normaleren" Zeiten zu erwarten – immer wirkt eine derartige Verschuldung, egal ob ausgewiesen wie beim Deckungsverfahren oder de facto beim Umlageverfahren, wie wir Letzteres ja an der gegenwärtigen Diskussion sehen.

Aber es gibt Probleme, die die Problematik nachweisbarer aufzeigen. Überall unterstellt der Verfasser, daß sich die Politiker (niemals freilich in der Wirklichkeit der „subalterne Ministerialbeamte", S. 115, sondern die politisch entscheidenden Instanzen nach oft eher zu eingehenden Diskussionen) und die in der Marktwirtschaft über die Einkommensverwendung entscheidenden Wirtschaftssubjekte z.B. beim Sparen so verhalten, wie es den Modellen entspricht. Aber stimmt das? Z.B. entscheidet gerade in diesem Bereich nicht der Versicherte über die Höhe der Beiträge, wie faktisch vor allem am Schluß unterstellt (die Beiträge haben ja, wenigstens z.T. soweit sie anderen zu Gute kommen, Steuercharakter) – und ein „im Aggregat unverändertes Sparverhalten" (134) wird bei wesentlichen Änderungen weder beim Fiskus noch bei den Sparern anzunehmen sein. Vor allem aber ist die Höhe des Anspruchs aus bisherigen und auch künftigen Beiträgen (mindestens auf Grund der politischen Einwirkungen) immer in gewissem Grade ungewiß, zumal die „Verzinsung" (bzw. Anpassung) in ihrer Höhe manipulierbar ist (sei es direkt, sei es aber auch via Inflation, die über die reale „Effizienz" wesentlich mit entscheidet). Fest liegen entsprechend den bisher aufgebrachten Beitragsrelationen in dem in der Bundesrepublik gültigen System nur jeweils die Relationen der Ansprüche, nicht ihre absolute Höhe und schon gar nicht ihre kurz- wie langfristige weitere Entwicklung. Man sehe doch die letzten 10 Jahre.

Daher braucht auch bei einer Umwandlung des jetzigen Systems in ein Anwartschaftsverfahren (S. 129, 131), selbst wenn (gar nicht sicher) der Staat die Ansprüche voll durch ihre Offenlegung in Form seiner Verschuldung bei den Anspruchsberechtigten anerkennt, die Kapitalbildung durch diesen Vorgang de facto nicht unverändert zu bleiben, weil die nunmehr als Ersparnis sichtbar werdenden Ansprüche der Beitragszahler durch vermehrte Staatsverschuldung kompensiert werden (S. 134ff.). Man sieht, wie in der Arbeit wichtige Fragen angeschnitten und sauber dargestellt werden, wie man aber über die Ableitungen und – Folgerungen diskutieren muß, sie nicht einfach als in bestimmter Weise gegeben annehmen darf.

H. Meinhold, Heidelberg

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

De Jong, H. W. (Ed.): The Structure of European Industry. 2nd. Ed. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht u. a. 1988. xii, 394 S. Dfl. 170,–/US-$ 82,–.

„Leicht ist es heut, ein Buch zu schreiben – schwer, gegen bar es zu vertreiben." Diese Einsicht von Eugen Roth, die auch dem Wirtschaftswissenschaftler immer wieder schmerzlich bewußt wird, gilt offenbar nicht für das von Henk Wouter de Jong herausgegebene Buch, das nunmehr in der zweiten, völlig neugestalteten Auflage vorliegt. Den Anlaß für diese Neuauflage hat letztlich die rege Nachfrage nach der 1981 erschienenen ersten Auflage gegeben, an der das wachsende Interesse an strukturpolitischen Fragestellungen deutlich geworden ist.

Genau wie sein Vorgänger bietet das neue Buch eine Reihe von Branchenstudien mit einer Fülle von Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Branchenstrukturpolitik in Westeuropa. Die Auswahl der Branchen deckt sich jedoch nur teilweise mit der ersten Auflage, und von den fünfzehn Autoren der Erstauflage sind nur noch sieben vertreten, während zehn neue Autoren hinzugekommen sind. Außerdem wurde der Sammelband durch eine Übersicht über die Marktstruktur in der Europäischen Gemeinschaft von de Jong ergänzt.

In diesem Überblicksartikel wird gezeigt, daß die Unternehmenskonzentration in der Europäischen Gemeinschaft seit den frühen achtziger Jahren rückläufig ist, während sie in den sechziger und siebziger Jahren rasch zugenommen hatte. Als Meßziffer dient dabei der Beitrag der jeweils 100 größten Unternehmen zum Bruttoinlandsprodukt der EG. Im Anschluß daran wird diskutiert, inwieweit von der Unternehmenskonzentration auf die Wettbewerbsintensität geschlossen werden kann, wie Kostenstrukturen die Marktstrukturen beeinflussen und welche Motive für die Kooperation und den Zusammenschluß von Unternehmen ausschlaggebend sein können. Der Autor rekapituliert dabei im wesentlichen den Stand der einschlägigen Lehrbuchliteratur, die mit einigen Einzelbeispielen angereichert wird. Der Leser sucht hier vergeblich nach empirischem Material, mit dem die Relevanz der einen oder anderen These hätte belegt werden können, doch angesichts der Datenlage wäre es wohl auch schwierig gewesen, aussagefähige Statistiken für die Gesamtheit der EG-Länder zusammenzustellen.

Im Gegensatz dazu bieten die einzelnen Branchenstudien eine Fülle von Material über die Marktstrukturen, die wichtigsten Anbieter in Europa und die Entwicklung der Absatzmärkte. In dem Beitrag zur Stahlindustrie beispielsweise wird deutlich gezeigt, daß diese Branche spätestens seit Mitte der siebziger Jahre zu den Schrumpfungsbranchen gezählt werden muß. Daran hat auch das ausgeklügelte System von Produktionsquoten und der rasche Anstieg von Subventionen nichts ändern können. Die Autoren, Peter Oberender und Georg Rüter, zeichnen die Politik der Montanunion und der nationalen Regierungen im Detail nach. Sie kommen zu dem Schluß, daß die europäische Stahlpolitik in erster Linie einer ineffizienten Produktionsweise Vorschub geleistet hat; sie hat marginale Anbieter künstlich am Leben erhalten und den Expansionsspielraum der intramarginalen Anbieter begrenzt. Die Autoren plädieren daher für eine ordnungspolitische Erneuerung der Stahlpolitik in Europa.

Auch in der europäischen Automobilindustrie, die von Hartmut Berg analysiert wird, sind seit den siebziger Jahren protektionistische Tendenzen festzustellen. Diese Maßnahmen richten sich jedoch nicht auf die Marktstrukturen im Innern der Europäischen Gemeinschaft, sondern in erster Linie gegen die Konkurrenz aus Japan. Für die neunziger Jahre sieht der Autor die Gefahr, daß sich diese Tendenzen verstärken könnten, zumal nunmehr auch Südkorea auf den Markt der westlichen Industrieländer drängt. Berg zieht eine historische Parallele zur amerikanischen Automobilindustrie, die nicht zuletzt durch die Abschottung nach außen in den fünfziger und sechzi-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ger Jahren ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber europäischen Anbietern verloren habe. In den Jahren danach, als sich der Importdruck verstärkte, habe auch die Effizienz und die Flexibilität amerikanischer Automobilproduzenten wieder merklich zugenommen.

Auch in den übrigen elf Branchenstudien wird die Entwicklung der Angebots- und Nachfragestrukturen durchweg vor dem Hintergrund der konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen analysiert. Der Sammelband bietet daher nicht nur – wie der Titel verspricht – vielfältige Informationen über die Wirtschaftsstrukturen Europas, sondern zugleich einen fundierten Einblick in die Industriepolitik der nationalen Regierungen und der EG-Kommission.

H. Klodt, Kiel

Maier-Rigaud, Gerhard: Umweltpolitik in der offenen Gesellschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen 1988. VII, 199 S. Kart. DM 26,80.

Das „frei von Zwängen der Administration und der normalen Wissenschaft" geschriebene Buch ist eine mutige Streitschrift gegen die vorherrschenden Leitbilder der sich mit Umweltschutz beschäftigenden (Wirtschafts-)Wissenschaften. Der Autor hat sich damit ein ehrgeiziges Ziel gesetzt, nämlich „die Befreiung der Umweltpolitik von falschen Dogmen der Ökonomie und einem naiven Glauben an naturwissenschaftliche Erkenntnisse" (Umschlagtext). Dabei geht es ihm nicht um die Entwicklung eines neuen „alternativen" Denkmodells, sondern vorrangig um das Hinterfragen des vorherrschenden Wissenschaftsglaubens der Umweltpolitik.

Kritisiert wird vor allem die positivistische Vorstellung von Wissenschaft, die sich das Wissen um die komplizierten ökologischen Zusammenhänge anmaßt. Maier-Rigaud möchte durch diese Arbeit nachweisen, daß die wissenschaftlichen Vorstellungen und Grundlagen der Umweltpolitik dieser eher im Wege stehen und zu statisch sind, um die Systemrationalität des Umweltproblems zu überwinden.

„Schwerpunkt der Arbeit ist ... die Auseinandersetzung mit der Ökonomie, weil diese die größten Hinternisse für eine durchgreifende Umweltpolitik aufgetürmt hat" (S. 4). Großen Raum in der Beschäftigung mit den ökonomischen Grundlagen der Umweltpolitik widmet Maier-Rigaud dem Theorienstreit zwischen den Anhängern der Theorie der externen Effekte (nach Pigou) und den Vertretern des Property Rights-Ansatzes (nach Coase). Der Kritik Pigous am laisser-faire, nämlich eine durch Nichtbeachtung von Externalitäten verursachte ineffiziente (d.h. nicht-pareto-optimale) Ressourcenallokation, stellt er die Gegenoffensive liberaler Ökonomen entgegen, die in der Theorie der Property Rights die theoretische Rechtfertigung für laisser-faire sehen. Danach liegt der eigentliche Grund für externe Effekte im Versäumnis des Staates, für Umweltgüter Eigentumsrechte festzulegen. Maier-Rigaud holt weit aus, um den Ansatz der laisser-faire-Ökonomen und Property Rights-Anhänger, zwischen denen er keine klare Unterscheidung trifft, als inkonsistent und nicht problemadäquat zu entlarven. Ebenso wie viele andere Umweltökonomen übersieht Maier-Rigaud, daß die Ansätze Pigous und Coase' von sehr unterschiedlichen Modellannahmen ausgehen und die aus ihren Modellen gezogenen Schlußfolgerungen (Umweltsteuern versus Eigentumsrechte) nur scheinbar widersprüchlich sind.

Der Versuch einer modellimmanenten Widerlegung des Property Rights-Ansatzes scheitert dort, wo letztlich doch seine Verallgemeinerungsfähigkeit verneint wird.

Auch in der Umweltökonomik, die sich mit der optimalen Allokation des Faktors Umwelt bzw. mit dem optimalen Verschmutzungsgrad beschäftigt, sieht Maier-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rigaud grundlegende methodische Mängel, „welche die Umweltpolitik ... auf ein geradezu absurdes Gleis führen können" (S. 65). Bedenklich ist seiner Meinung nach die rein allokationsorientierte Sichtweise der Umweltökonomik, deren Einfluß auf die Umweltpolitik dazu führt, daß umweltpolitische Zielfestlegungen zu streng wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Abwägungen verkommen. Die Umweltökonomik solle „nicht von Umweltschutz und der Internalisierung externer Effekte sprechen, aber Produktionsmaximierung im überkommenen Sinne meinen" (S. 89). Maier-Rigaud vernachlässigt bei seiner Argumentation allerdings insbesondere den Zweig der Umweltökonomik, der sich mit dem Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente zur Erreichung umweltpolitischer Ziele beschäftigt (zu nennen sind hier insbesondere der Standard-Preis-Ansatz nach Baumol und Oates sowie der Zertifikatsansatz nach Dales).

Ein weiteres Anliegen des Autors ist es, den häufig zitierten Zusammenhang zwischen Umweltschutz und gesamtwirtschaftlichen Zielen theoretisch-analytisch zu falsifizieren. Aus der Logik eines einfachen Modells (des Say-Fisher-Flassbeck-Schemas) folgert er, daß Nachfrageverschiebungen zwischen privaten und öffentlichen Gütern (z. B. in Richtung bessere Umwelt) nicht zu gesamtwirtschaftlichen Problemen führen können (S. 100). Den scheinbaren Zusammenhang erklärt Maier-Rigaud mit der Nichterfassung des öffentlichen Gutes „Umwelt" in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Bei der Mehrproduktion des Gutes Umwelt zu Lasten anderer Güter wird lediglich die Minderproduktion der privaten Güter erfaßt. Dementsprechend werden auch die Kosten zur Produktion des (nicht erfaßten) Gutes Umwelt den anderen Gütern zugerechnet, was sich als gemessene Inflation auswirkt.

Aus dem gleichen Grund negiert Maier-Rigaud auch einen Einfluß der Umweltpolitik auf Beschäftigung und auf außenwirtschaftliche Ziele. Gegenteilige empirische Befunde sind nichts anderes, als der Ausdruck eines normalen Strukturwandels, der eine Verschiebung der Güterproduktion in Richtung des öffentlichen Gutes Umwelt nach sich zieht.

Zwar zeigt die Modellanalyse in der Tat, daß ein Einfluß der Umweltpolitik auf gesamtwirtschaftliche Ziele nicht besteht. Damit hat Maier-Rigaud jedoch keinesfalls all diejenigen widerlegt, die einen solchen Einfluß doch sehen. Werden lediglich die Modellannahmen verändert (und z. B. sektoral unterschiedliche Beschäftigungswirkungen von Nachfrageänderungen oder Kostensteigerungen aufgrund unterschiedlicher Kapitalintensitäten unterstellt) oder wird auf eine kurzfristige Betrachtung (mit unterschiedlichen Kapazitätsauslastungen in verschiedenen Sektoren) abgestellt, so verändert sich das Ergebnis erheblich. Hier wird durch die fehlende Herausstellung der Modellannahmen eine Allgemeingültigkeit vorgetäuscht, die nicht existiert.

Kann nach Maier-Rigaud die Erreichung gesamtwirtschaftlicher Ziele keine Rechtfertigung für oder gegen Umweltschutz bieten, so gilt dies in seinen Augen auch für geänderte Präferenzen nach Umweltqualität. Bei der Durchsetzung umweltpolitischer Ziele könne sich die Politik nicht ohne weiteres auf die Präferenzen der Bürger berufen, da diese „in höchstem Maße dem Zeitgeist verhaftet und zugleich flüchtig, unstet und zufällig sind" (S. 115). Maier-Rigaud hält das Umweltbewußtsein wegen seiner starken Abhängigkeit von außerhalb der eigenen Erfahrungen liegenden Informationen als Entscheidungsgrundlage für die Politik gänzlich ungeeignet. „Die Wahl dieses eklektischen Konstrukts als Maßstab und Orientierung für die Formulierung umweltpolitischer Ziele ist ein gewaltiger Irrtum. Das Umweltbewußtsein ... mit dem Gütesiegel der Konsumentensouveränität zu versehen, um daraus Rechtfertigungen für umweltpolitisches Handeln oder Nicht-Handeln abzuleiten, kann nur heißen, die durchschnittliche Ignoranz als Souverän zu akzeptieren" (S. 119).

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nach Maier-Rigaud ist also sowohl das marktwirtschaftliche Leitbild des laisser-faire als auch das Modell eines optimalen Verschmutzungsgrades der Umweltökonomik als Paradigma für die Umweltpolitik ungeeignet. Auf der anderen Seite können weder gesamtwirtschaftliche Ziele noch die Präferenzen der Bürger dem Umweltpolitiker als Orientierung dienen.

Wenn also die Wirtschaftswissenschaften der Umweltpolitik keine Entscheidungshilfen geben können, bleibt vermeintlich nur die Orientierung am Stand der Technik oder an naturwissenschaftlichen Grenzwerten. „Da offenkundig mehr als die Anwendung des Standes der Technik nicht verlangt werden kann, ist durch ihn zugleich die maximal erreichbare Umweltqualität vorgegeben" (S. 134). Eine hieran orientierte Politik kann jedoch nur zufällig auch tatsächliche Umweltverbesserungen bedeuten, das gesamte Emissionsvolumen entgleitet ihr völlig, weil die Zahl der technischen Anlagen und die Entwicklung des Produktionsvolumens außerhalb ihres Einflußbereichs liegt. Wie viele Umweltökonomen vor ihm, konstatiert Maier-Rigaud zutreffend die Ineffizienz einer am Stand der Technik orientierten Politik und fordert folgerichtig deren Ergänzung um ökonomische Anreizsysteme, die in der Lage sind, permanent technische Innovationen zum Schutz der Umwelt hervorzubringen. „Dies aber bedeutet, den Stand der Technik gerade nicht zum Maßstab der Politik zu machen, sondern dafür zu sorgen, daß er möglichst rasch veraltet" (S. 142).

Auch die scheinbar wissenschaftlich objektiven Umweltqualitätsstandards in Form von Immissionswerten und Belastungsgrenzen können von der Umweltpolitik nicht einfach als Zielsystem übernommen werden, „weil naturwissenschaftliche Grenzwerte implizit mit allen dem politischen Entscheidungsprozeß vorbehaltenen Werturteilen durchsetzt sind" (S. 143). Die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse werden, so Maier-Rigaud, in einem fortlaufenden Prozeß von Versuch und Irrtum gewonnen. Der Simulationsfähigkeit ökologischer Prozesse sind jedoch erhebliche Grenzen gesetzt. „Konsequenterweise kann eine katastrophenartige Entwicklung des natürlichen Systems durch Wissenschaftsorientierung der Umweltpolitik nie ausgeschlossen werden, einfach weil es keine verläßlichen Theorien geben kann" (S. 153).

Eines der bedeutendsten, jedoch weitgehend ignorierten Hindernisse bei der Durchsetzung umweltpolitischer Ziele sieht Maier-Rigaud im Fehlen eines einheitlichen konsistenten Zielsystems. Naturwissenschaftliche (Immissionswerte, Belastungsgrenzen), technische (Emissionsgrenzwerte) und ökonomische Ziele („optimaler Verschmutzungsgrad") stimmen – wenn überhaupt – nur zufällig überein und lassen sich kaum in Einklang bringen. Auch diese Inkonsistenz ist die Folge eines unzureichenden Wissenschaftsverständnisses, das als Basis für eine rationale Umweltpolitik ungeeignet ist. Ebenso ungeeignet sind nach Maier-Rigaud jedoch auch die ökosozialen Gegenkonzepte, die ohne wissenschaftlich Eigenständiges zu bieten lediglich „analytisch unhaltbare und historisch ohnehin obsolet gewordene Konstrukte und Dogmen ... verteidigen" (S. 175).

Maier-Rigaud schafft mit seinem Buch kein neues, besseres Gegenkonzept. Dort, wo er über die Wissenschaftskritik hinausgeht, plädiert er für ein offenes Verständnis von Wissenschaften, die ihre jeweils eigenen Sichtweisen nicht verabsolutieren. Insbesondere ein offener Wohlfahrtsbegriff, „der alle bekannten und noch unbekannten Präferenzen einschließt" (S. 183), ist notwendig, um die aus Marktdaten und Statistiken nicht erfaßbaren neuen Präferenzen (für Umweltschutz) erfüllen zu können. Hierin sieht Maier-Rigaud die eigentliche Chance für die zukünftige Umweltpolitik; sie liegt in der Aufgabe falscher, weil unzureichender wissenschaftlicher Theorien und Vorstellungen. „Niemand kann sich heute vorstellen, welche Dynamik die Politik auf dieser Basis zur Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen entfalten wird. Auch ist es unmöglich, die unzähligen Reaktionen auf die neuen Bedingungen zu erahnen.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sicher ist nur, Wirtschaft und Gesellschaft werden zu anderen Strukturen finden und die Entwicklung wird in neuen Bahnen verlaufen" (S. 188).

Die Arbeit Maier-Rigauds ist eine interessante und wertvolle Lektüre für alle Ökonomen, die sich mit Umweltpolitik und ihren theoretischen Grundlagen beschäftigen. Insgesamt ist Maier-Rigaud eine kritische, an vielen Stellen bestechend logische und gedanklich klare Argumentation gegen vorherrschende Denkmuster gelungen. Daß diese Argumentation dennoch viele Wissenschaftler nicht zu einem anderen Wissenschaftsverständnis bewegen wird, dürfte u.a. daran liegen, daß Maier-Rigaud bisweilen begründbare Werturteile mit theoretisch schlüssigen Analysen, die Vernachlässigung unterschiedlicher Funktionsvoraussetzungen mit dem Aufdecken modellimmanenter Widersprüche verwechselt. Mit der Kritik an der Befangenheit der Wissenschaften in ihren eigenen starren Denkschemata und der Forderung nach Überwindung ihres begrenzten spezifischen Verständnisses von Umweltproblemen formuliert Maier-Rigaud einen sehr hohen Anspruch. Dieser Anspruch muß sicherlich auch an seine Ausführungen gestellt werden. Zwar scheitert er nicht, jedoch stolpert er an einigen Stellen an diesem Anspruch. Ein anderer, viel wichtigerer Grund für die vorauszusehende geringe Wirkung seiner Streitschrift dürfte die Tatsache sein, daß er sich damit konsequent zwischen alle Stühle der vorherrschenden ökonomischen Auseinandersetzung mit der Umweltpolitik setzt. So wichtig sein Anstoß zur kritischen Reflexion auch sein mag, er dürfte – nicht nur aufgrund analytischer Schwächen – nur bedingt dazu führen, daß eine ganze Kaste der Wirtschaftswissenschaft sich selbst in Frage stellt.

Ihre Komplexität und ihr hohes Abstraktionsniveau macht dieses Buch für den Umweltpolitiker praktisch wenig geeignet. Maier-Rigaud scheint die Umweltpolitik in ihrer theoretischen Fundierung zu überschätzen, wenn er einen dominierenden Einfluß der Theorie der externen Effekte oder des property rights-Ansatzes auf sie sieht. Bei der praktischen Umsetzung der Umweltpolitik spielen bestehende Verwaltungsstrukturen, Kompatibilität mit geltendem Recht (das sich nach wie vor an der Gewerbeordnung orientiert) sowie eine Reihe von politischen Irrationalitäten eine weitaus größere Rolle. Eine Orientierung der Umweltpolitik an den von Maier-Rigaud kritisierten theoretischen Leitbildern wäre trotz aller Unzulänglichkeiten immer noch ein Fortschritt gegenüber dem gegenwärtig weitgehenden Fehlen einer theoretischen Fundierung.

Politiker pflegen die Wissenschaft eher zu gebrauchen, wie Betrunkene Laternen: sie suchen nicht Licht, sondern Halt. Insbesondere dieser Punkt läßt diese Arbeit trotz ihrer Qualitäten als ein Kampf gegen Windmühlen erscheinen, als eine akademische Denksportübung, deren Auswirkungen auf die Politik leider nur gering sein dürften.

B. Huckestein, Berlin

Meister, Helmut: The Purification Problem for Constrained Games with Incomplete Information (Lecture Notes in Economics and Mathematical Systems, Vol. 295). Springer-Verlag, Berlin u.a. 1987. X, 127 S. DM 32,–.

Der Autor betrachtet zunächst in § 1 Spiele mit unvollständiger Information im Rahmen eines sehr allgemeinen Modells. Die beteiligten Spieler observieren Parameter gemäß gewisser "common beliefs" – repräsentiert durch eine Wahrscheinlichkeitsverteilung auf dem Parameterraum. Die Incentives sind durch eine "preference representation function" gegeben, und die Wahl der Aktionen der einzelnen Spieler ist nach Beobachtung eines Parameters und durch die Wahl der Aktionen der anderen Spieler eingeschränkt. Zunächst werden passend definierte Nash-Gleichgewichte in

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gemischten Strategien betrachtet. Unter dem "purification problem" versteht der Autor die Aufgabe, unter geeigneten Bedingungen „äquivalente" (ebenfalls in geeigneter Weise definiert) Gleichgewichte in *reinen* Strategien zu finden. Insofern stellt das vorgelegte Modell eine Verallgemeinerung gewisser Begriffe dar, die in der Literatur (etwa bei Radner / Rosenthal) diskutiert werden. Jedoch ist dieses Modell allgemeiner und "purifications" sind in dem allgemeinen abstrakten Rahmen nur approximativ möglich. Es werden nun zunächst Existenzsätze für allgemeine (ε-)Gleichgewichte und danach für "purifications" diskutiert.

§ 2 stellt als Anwendung eine gewisse Form von Marktspiel vor. Zugrunde liegt eine allgemeine Ökonomie (in der Tradition von Arrow - Debreu - Hildenbrand) mit endlich vielen ökonomischen Agenten. Zusätzlich wird als handelnder Spieler ein „Preisspieler" eingeführt – dessen ökonomische Bedeutung jedoch etwas kurz interpretiert wird. Seine Strategienmenge ist das Preissimplex. In bestimmter Weise erscheint nun das Walras-Gleichgewicht als Nash-Gleichgewicht des von der Ökonomie abgeleiteten Marktspieles. Im weiteren wird auch der Zusammenhang zwischen dem Core und dem Walras'schen Gleichgewicht in dem vorgelegten Rahmen diskutiert.

§ 3 schließlich bietet einen ähnlichen Anlauf im Hinblick auf die statistische Entscheidungstheorie. Die Ergebnisse des allgemeinen Modells werden hier benutzt, um Minimax Entscheidungsprobleme für mengenwertige Schätzer zu behandeln.

Ein klares und sauber geschriebenes Buch, das sich angenehm liest. Es wendet sich in erster Linie an Mathematiker oder mathematisch orientierte Ökonomen und ist hin und wieder etwas sparsam in der ökonomischen Motivierung.

J. Rosenmüller, Bielefeld

Nijkamp, Peter / *Mills,* Edwin S. (Eds.): Handbook of Regional and Urban Economics, Vol. II: Urban Economics (Handbooks in Economics, 7). North Holland, Amsterdam - New York - Oxford - Tokyo 1987. 620 pp. hardcover Dfl. 215,00/ US-$ 65,–.

Der vorliegende zweite Band des *Handbook of Regional and Urban Economics* befaßt sich mit der Stadtökonomik, die in dem Herausgeber dieses Teils des Werkes, *E. S. Mills,* einen bekannten Vertreter findet[1]. Auch für diesen Band gilt als von der Reihe *Handbooks in Economics* her vorgegebenes Ziel, daß er den gegenwärtigen Wissensstand des betrachteten Gebietes, also hier der Stadtökonomik, repräsentieren soll und eine Ergänzung der Literatur für Forschung und Lehre zu bieten beabsichtigt.

In dem einführenden Beitrag über *Advances in Urban Economics* weisen *Mills* und *Nijkamp* darauf hin, daß die Stadtökonomik als umrissener Wissensbereich gerade fünfundzwanzig Jahre alt ist und sich spontan aus verschiedenen etablierten Disziplinen, vor allem der traditionellen Mikroökonomik, entwickelt hat. Entsprechend wird im gesamten Werk auf eine hinreichend genaue Beschreibung des Gegenstandes der *urban economics* verzichtet.

Für die Stadtökonomik konstituierend hat das Buch *Location and Land Use* (1964) von *W. Alonso* gewirkt. Zugleich hat sich der Rückgriff auf grundlegende ältere Arbeiten wie die von *J. H. von Thünen, A. Lösch, C. Clark, L. Wingo, J. Niedercorn* und *E. M. Hoover* stimulierend für die Forschung bemerkbar gemacht. Diese Entwicklung ist zeitweilig durch theoretische Beiträge von *A. Dixit, J. Mirrlees* und *R. M.*

[1] Die Besprechung des ersten Bandes, der sich auf die Regionalökonomik konzentriert, ist in ZWS 108 (1988), 637 - 640, erfolgt.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Solow unterstützt worden. Damit konnte schon frühzeitig mit der Herausgabe von drei international renommierten Zeitschriften zur Stadtökonomik, nämlich *Urban Studies* (1964), *Journal of Urban Economics* (1974) und *Regional Science and Urban Economics* (1975) begonnen werden.

Der erste Teil des zu besprechenden Bandes ist der Standortanalyse gewidmet; sie bezieht sich auf "The Theory of Urban Residential Location" *(M. Straszheim),* "Theories of Urban Business Location" *(K. Stahl),* "The Structure of Urban Equilibria: A Unified Treatment of the Muth-Mills Model" *(J. K. Brueckner),* "Computer Simulation Models of Urban Location" *(J. F. Kain),* "Dynamic Urban Models" *(T. Miyao)* und "General Equilibrium Modeling of Systems of Cities" *(J. V. Henderson).*

Spezifische städtische Märkte sind der Gegenstand des zweiten Teils des Handbuchs, der über "Economic Theory and Housing" *(R. Arnott),* "The Demand and Supply of Housing Service: A Critical Survey of the Empirical Literature" *(E. O. Olsen),* "Urban Transportation" *(M. E. Beesley / M. A. Kemp),* "Urban Public Facility Location" *(C. Revelle)* und "Rural-Urban Migration in Developing Countries" *(D. Mazumdar)* berichtet.

Der dritte Teil über "urban government behavior and issues" beschäftigt sich mit "Theoretical Analysis of Local Public Economics" *(D. E. Wildasin),* "Financing Urban Public Services" *(R. Prud'homme),,* "Urban Amenities and Public Policy" *(T. J. Bartik* and *V. K. Smith),* "Urbanization in the Developing World: Patterns, Issues, and Policies" *(A. M. Hamer* and *J. F. Linn)* und "City Size and Place as Policy Issues" *(G. Tolley / J. Crihfield).*

Diese Abhandlungen legen zutreffend nahe, daß sich der gegenwärtige Wissensstand auf dem Gebiet der Stadtökonomik überwiegend aus der Behandlung theoretischer Fragestellungen ergeben hat, die durch empirische Forschung ergänzt worden ist. Die andere wichtige Wurzel der Stadtökonomik sind die praktisch-empirische Arbeit der Verkehrsplanung, die mit der Zeit auf die Stadtentwicklungsplanung ausgedehnt worden ist (vgl. die Beiträge von *Beesley / Kemp* und *Kain* in diesem Band), und die drängende Behandlung von aktuellen Fragen im Zusammenhang mit der Urbanisierung der Länder in der Dritten Welt (vgl. die Aufsätze von *Mazumdar* und *Hamer / Linn).* Diese direkt angesprochenen Arbeiten weisen auch am ehesten einen unmittelbaren Anwendungsbezug auf.

Für den Aufbau des Bandes geben *Mills* und *Nijkamp* im einleitenden Aufsatz keine Begründung. Während der erste Teil zur Standortanalyse in seiner Komposition akzeptabel erscheinen mag, erweckt die Zuordnung der letzten beiden Aufsätze im zweiten Teil über spezifische städtische Märkte doch Bedenken. Der Beitrag von *Revelle* ist der Standorttheorie und damit eigentlich dem ersten Teil zugehörig. Die Einordnung des Aufsatzes von *Mazumdar,* der sich auf das Wanderungsproblem speziell in sich entwickelnden Ländern bezieht, könnte noch damit gerechtfertigt werden, daß in diesem Zusammenhang den städtischen Arbeitsmärkten für die Erklärung der Wanderungsströme entscheidende Bedeutung zukommt. Nur hätte man dann den Titel dieser Arbeit präziser fassen sollen – ein Hinweis, der auch für andere Beiträge in dem Band gilt. Im dritten Teil über "urban government behavior and issues" (was immer dieser Ausdruck besagen soll?!) wird ein bunter Strauß von Fragen erörtert; einer der Artikel *(Hamer / Linn)* ist wieder den sich entwickelnden Ländern gewidmet. Eine systematische Grundlegung dieses Abschnitts etwa ausgehend von einer skizzierten Konzeption der Stadtentwicklungspolitik ist nicht erkennbar, die als selbständiger Untersuchungsgegenstand umfassend schon gar nicht zur Diskussion steht.

Die einzelnen im Handbuch vertretenen Arbeiten haben durchweg den Charakter von Überblicksaufsätzen. Bei einigen Beiträgen fällt auf, daß sie sich stärker an den

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eigenen Forschungen der Verfasser orientieren, so zum Beispiel bei den Abhandlungen von *Kain, Miyao, Revelle, Tolley / Crihfield.* Als besonders eindrucksvoll und gelungen können die Beiträge von *Straszheim, Stahl, Arnott, Henderson* und *Wildasin* herausgestellt werden, auf die kurz eingegangen werden soll.

Straszheim bietet einen Überblick über *Alonsos* Modell des Bodenmarktes einer Stadt und zeigt dann, wie das Modell zur Einbeziehung ausgewählter Fragen (zum Beispiel Verkehrsstauungen, Standortcharakteristika (amenities) und dezentrale Standorte der Beschäftigung) erweitert werden kann. Während es zum städtischen Bodenmarkt inzwischen eine Vielzahl von Arbeiten gibt, muß sich *Stahl* auf eine immer noch begrenzte Literaturbasis bei der Diskussion der Standortentscheidungen städtischer Basis- und Nichtbasisindustrien stützen. Unter Berücksichtigung städtischer Besonderheiten wie der Existenz von Agglomerationseffekten führt er insbesondere seine Analyse der urbanen Produktionsverhältnisse konsequent unter der Annahme vollständiger und unvollständiger Konkurrenz durch. Die modellmäßige Erfassung des Wohnungsmarktes und seiner Besonderheiten ist der Gegenstand der Arbeit von *Arnott.* Auch hier wird – und das ist besonders verdienstvoll – der Behandlung von Marktunvollkommenheiten spezifisches Gewicht beigemessen. Welche ökonomischen Eigenschaften hat ein System von Städten in einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell einer Volkswirtschaft? Das ist die zentrale Frage des Beitrages von *Henderson,* der unter anderem die Determinanten der Stadtgröße und der Faktorpreisbildung in den Städten und die Einflüsse wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Städtesystem untersucht. Diese Betrachtungen werden in den Zusammenhang des Wirtschaftswachstums transponiert und mit den Aussagen der realen Außenwirtschaftstheorie konfrontiert. In *Wildasins* Aufsatz geht es um die Wirkungen gemeindlicher Steuern, Ausgaben und Vorschriften zur Bodennutzung auf die Standortentscheidungen mobiler Haushalte, die Inzidenz und Allokationseffekte von Vermögensteuern sowie Bodensteuern und die Allokation von Ressourcen durch den öffentlichen Sektor der Gemeinden.

Die Art und Weise, wie die Aufsätze abgefaßt sind, variiert erheblich. Mit Ausnahme des Kapitels von *Kain* sind die Beiträge im ersten Teil des Handbuches komprimiert formal-theoretischer Natur, so daß zumindest Grundkenntnisse für eine sinnvolle Lektüre gegeben sein müssen; empirische Bezüge kommen so gut wie nicht vor. Im zweiten und dritten Teil überwiegt die verbale Darstellungsform; damit sind diese Aufsätze in der Regel relativ leicht zugänglich. Hinweise auf die empirische Forschung sind hier zureichend vorhanden.

Bei der Betrachtung aller Beiträge des Handbuchs fällt auch auf, daß die mikroökonomische (partielle) Analyse vorherrscht, während die makroökonomisch disaggregierte Sichtweise nur mit den Aufsätzen von *Miyao, Henderson* und *Wildasin* vertreten ist. Damit resultieren nur einzelne Verbindungswege zur Makroökonomik (nämlich zum Beispiel über die Wachstumstheorie und die Finanztheorie), die eben spontan angelegt worden sind und sich somit wenig systematisch entwickelt haben. Ergänzende Beziehungen zur allgemeinen Wirtschaftswissenschaft ergeben sich durch die Entwicklungstheorie, Standorttheorie, Verkehrstheorie und durch spezifische Sonderbereiche wie zum Beispiel die Wohnungsmarkttheorie. Im Handbuch schwach oder gar nicht repräsentiert sind so wichtige Gebiete wie die totale Gleichgewichtstheorie (Ausnahmen sind die Beiträge von *Brueckner* und *Henderson*), Wohlstandsökonomik, Transportökonomik (hier muß der Beitrag von *Batten / Boyce* im ersten Band des Handbuchs ergänzend zu dem Kapitel von *Beesley / Kemp* konsultiert werden), Bevölkerungsökonomik, Theorie des technischen Fortschritts (auch hier muß auf den ersten Band zurückgegriffen werden), Theorie der Einkommensverteilung und monetäre Makroökonomik.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Zugang zu dem Inhalt des Bandes über das Stichwortverzeichnis ist nur sehr begrenzt möglich, weil viele einschlägige Stichworte fehlen, zum Beispiel "city size", "congestion", "pollution" oder "urban form".

Anregungen für die zukünftige Forschung erhält man in der Mehrzahl der Beiträge, wenn sie auch in der Regel recht knapp gefaßt worden sind; in sechs Kapiteln werden solche Hinweise nicht ausgesprochen. Hilfe genereller Art mag der Leser im einführenden Aufsatz von *Mills* und *Nijkamp* finden (S. 711 - 713). Sie vermuten, daß die allgemeine Entwicklung der Stadtökonomik durch die zunehmende Integration der Stadtökonomik mit anderen Gebieten der Wirtschaftswissenschaft, die verstärkte ökonometrische Forschung und die umfassend angelegte Simulation von disaggregierten Modellen der Stadtentwicklung geprägt sein wird. Eine Förderung der Theorie wird durch die Einbeziehung der Theorie der industriellen Organisation und der Analyse der Finanzmärkte erwartet, während die angewandte Forschung voraussichtlich im Zeichen der urbanen Probleme der sich entwickelnden Länder und der gemeindlichen Probleme der Staatsleistungen in den entwickelten Ländern stehen wird.

Auch dieser zweite Band des *Handbook of Regional and Urban Economics* stellt, insbesondere von den einzelnen Aufsätzen her gesehen, eine sehr nützliche Ergänzung der Literatur dar, die sich hervorragend unter die Lehrbücher des Fachgebietes und die zugehörigen Monographien einreiht. Bei aller Kritik bleibt unbedingt anzuerkennen, daß bereits jetzt ein solch umfassendes, für die Stadtökonomik repräsentatives Werk entstehen konnte. Das ist das entscheidende Verdienst des Herausgebers *Mills,* der von kenntnisreichen Fachkollegen dabei unterstützt worden ist, auch mit diesem Band das Ziel der Reihe *Handbooks in Economics* zu erreichen. Damit erscheint das *Handbook of Regional and Urban Economics* insgesamt gut gewappnet, mit Veröffentlichungen ähnlicher Art wie zum Beispiel denen der *Regional and Urban Economics Section* (herausgegeben von *R. Arnott*) in der Reihe "Fundamentals of Pure and Applied Economics" in Konkurrenz zu treten, die von *J. Lesourne* und *H. Sonnenschein* betreut wird.

W. Buhr, Siegen

DOI https://doi.org/10.3790/schm.110.2.283 | Generated on 2025-07-25 05:04:24
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/